



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

DIE FOLGEN DER POLITISCHEN KRISE IN BELARUS FÜR DIE WIRTSCHAFT BELARUSPOLITIK DER EU

■ ANALYSE		
Politische Krise in Belarus: Die Folgen für die Wirtschaft		2
Kateryna Bornukova (BEROC Economic Research Center, Minsk)		
■ STATISTIK		
Wirtschaft und IT-Sektor in Belarus		6
■ UMFRAGEN		
Meinungsumfragen zu Geschäftsrisiken		7
■ KOMMENTAR		
Die Antwort der EU auf die Krise in Belarus: Solidarität oder untätiges Zusehen?		9
Katsiaryna Shmatsina (Belarussisches Institut für Strategische Studien BISS, Minsk)		
■ KOMMENTAR		
Europas Belaruspolitik könnte noch mehr – aber keine Wunder bewirken		11
Jakob Wöllenstein (Auslandsbüro Belarus der Konrad-Adenauer-Stiftung, Vilnius)		
■ STATISTIK		
Politische Beziehungen zur EU		13
■ UMFRAGEN		
Meinungsumfragen zur EU		14
■ STATISTIK		
Covid-19 in Belarus, Stand 05. April 2021		15
■ CHRONIK		
Covid-19-Chronik, 18. Dezember 2020 – 26. März 2021		18
■ CHRONIK		
30. November 2020 – 28. Februar 2021		20

Politische Krise in Belarus: Die Folgen für die Wirtschaft

Kateryna Bornukova (BEROC Economic Research Center, Minsk)

DOI: 10.31205/BA.054.01

Zusammenfassung

Die politische Krise in Belarus, die im August 2020 nach den Präsidentschaftswahlen ausbrach, hat erhebliche Folgen für die Wirtschaft des Landes. Die wichtigste ist der Vertrauensverlust gegenüber der Regierung. Kurzfristig hat dieser zum Abzug von Guthaben und einer Welle von Standortwechseln im IT-Sektor. Langfristig dürften das fehlende Vertrauen und die zunehmende Ungewissheit die Investitionsneigung und die Verbraucherstimmung drücken. Die Stagnation wird aller Wahrscheinlichkeit die Emigration von Belarus_innen ins Ausland zunehmen lassen. Die politische Krise führt auch in der Wirtschaftspolitik zu einem Stillstand, der Reformen unmöglich macht.

Die belarusische Wirtschaft in den 2000er Jahren

Die Wirtschaft in Belarus hat seit der Unabhängigkeit des Landes zu wenig Reformen erlebt. Eine Privatisierung hat kaum begonnen, und Unternehmen in Staatsbesitz bilden immer noch einen beträchtlichen Teil der Wirtschaft. Allerdings erfolgte eine Liberalisierung der Preise und des Handels. Die Unternehmen in Staatsbesitz unterliegen administrativen Planungsmethoden und müssen auf weitgehend freien Märkten operieren; im Vergleich zu sowjetischen Unternehmen verfügen sie allerdings über sehr viel größere Freiheiten. Diese partiellen Reformen haben zusammen mit günstigen externen Bedingungen und einer durch billige Anleihen finanzierten Investitionskampagne Belarus in den 2000er Jahren zu einem Land gemacht, das mit das größte Wirtschaftswachstum in der Region aufwies. Wachstumsraten von jährlich zwischen 6 und 10 Prozent machten es möglich, dass Belarus beim BIP den Abstand zu seinen westlichen Nachbarn verringern konnte. Das Wachstum ließ die Armut erheblich zurückgehen, wobei die Unternehmen in Staatsbesitz als Arbeitgeber den »letzten Ausweg« darstellten.

Auch die Unterstützung durch Russland spielte eine erhebliche Rolle für den wirtschaftlichen Erfolg in den 2000er Jahren. Vor allem hatte Belarus stets einen bevorzugten Zugang zum russischen Markt. Selbst nach den vielen Jahren und ungeachtet des Entstehens neuer, nach Westen orientierter Branchen wie dem IT-Sektor blieb Russland 2019 der Markt für 37 Prozent der aus Belarus exportierten Waren und Dienstleistungen. Darüber hinaus werden petrochemische Produkte – die einen großen Anteil der belarusischen Exporte in die EU ausmachen – aus russischem Erdöl hergestellt. Russisches Gas ist in Belarus der wichtigste Energieträger. Belarus kauft Öl und Gas zu Preisen, die unterhalb der marktüblichen liegen. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) beliefen sich in den 2000er

Jahren die verdeckten Energie-Subventionen aus Russland auf 10–20 Prozent des belarusischen Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Da die Unternehmen in Staatsbesitz aufgrund der Konzentration auf Produktionsmenge und Beschäftigung anstelle von Rentabilität zunehmend ineffizient wurden und die Unterstützung aus Russland schwand, wurde es zunehmend schwieriger, die hohen Wachstumsraten beizubehalten. Die akkumulierten Schief lagen mündeten 2011 in eine heftige Währungskrise. Danach stagnierte die Wirtschaft in Belarus. Das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum lag in den Jahren 2011 bis 2020 bei unter einem Prozent. Die Regierung begann in den 2010er Jahren mit der Liberalisierung des privaten Sektors, was Früchte trug, aber nicht ausreichte, um die Depression der Unternehmen in Staatsbesitz zu kompensieren. Nach einer weiteren Krise 2015/16 änderten die Regierung und die Nationalbank ihre Politik erheblich, um eine makroökonomische Stabilität zu erreichen. Das Ziel war eine Inflation von fünf Prozent und ein ausgeglichener Haushalt. Während der Coronakrise 2020 kehrte die Regierung jedoch wieder zu der Praxis zurück, mit administrativen Mitteln die Produktion und die Beschäftigung der Unternehmen in Staatsbesitz aufzublähen. Diese Politik mag zwar effizient das BIP ankurbeln und Beschäftigung sichern (das BIP ging 2020 nur um 0,9 Prozent zurück, während die Arbeitslosigkeit nicht hochschnellte), sie führte aber dazu, dass die Unternehmen in Staatsbesitz neue Schulden anhäuferten und neue Bedrohungen für die makroökonomische Stabilität entstanden.

Unmittelbare Folgen der aktuellen politischen Krise

Die politische Krise in Belarus, die im August 2020 nach den Präsidentschaftswahlen ausbrach, hat erhebliche Folgen für die Wirtschaft des Landes. Da ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung den amtieren-

den Präsidenten oder die Regierung nicht als legitim betrachtet, ist die augenscheinlichste Folge ein Vertrauensverlust gegenüber der Regierung. Sämtliche Gerichte und Instrumente von Polizei und Justiz verlieren bei den Wirtschaftssubjekten ebenfalls an Vertrauen, da sie wiederholt für Repressionen eingesetzt werden. Der Zusammenbruch des Vertrauens führt unweigerlich zu einem Rückgang der Investitionsneigung und der Verbraucherstimmung. Da die politische Krise immer noch nicht gelöst ist, wächst die Ungewissheit, was ebenfalls auf die wirtschaftliche Aktivität drückt.

Der Vertrauensverlust gegenüber dem Bankensystem und dessen Folgen

Eine der unmittelbaren Folgen der politischen Krise ist das einbrechende Vertrauen in das Bankensystem und den belarussischen Rubel. Seit der zweiten Hälfte des August 2020 haben die Belarus_innen begonnen, ihre Guthaben abzurufen und die belarussischen Rubelsparnisse in andere Währungen zu überführen. Die Nationalbank musste die internationalen Währungsreserven angreifen, um diese Devisennachfrage zu befriedigen. In der Folge schrumpften die internationalen Währungsreserven im Laufe des August 2020 um 1,4 Milliarden US-Dollar (15 Prozent). Das war ein sehr viel bedeutenderer Schlag als die von der Coronakrise ausgelöste Panik im März 2020.

Um den Abzug von Guthaben und – was noch wichtiger ist – das Schrumpfen der Reserven aufzuhalten, beschloss die Nationalbank am 24. August 2020, den Zugang der Banken zu liquiden Mitteln zu kappen. De facto hat die Nationalbank die übliche Geldpolitik aufgegeben, bei der die Zentralbank die Liquidität der Banken zu einem bestimmten Zinssatz unterstützt, worin ihr wichtigstes politisches Instrument besteht. Stattdessen ist die Nationalbank zu einer handgesteuerten und selektiven Gewährung von liquiden Mitteln übergegangen. Der Liquiditätsengpass im Herbst 2020 brachte die Banken dazu, die Ausgabe neuer Anleihen auszusetzen. Da die Liquiditätsknappheit Anfang 2021 bei steigender Inflation nicht ganz so dramatisch ausfiel (im Februar 2021 betrug die Inflation über das Jahr gerechnet 8,7 Prozent), beschloss die Nationalbank, diese unkonventionelle Politik zu einer ständigen zu machen. Diese Entscheidung erhöht die Unsicherheit auf den Märkten, da die Nationalbank keine Orientierungshilfe mehr bietet.

Abzug der IT-Branche

Der IT-Sektor ist von den Ereignissen nach den Präsidentschaftswahlen unmittelbar betroffen gewesen. Nach der Abschaltung des Internet vom 9. Bis zum 11. August folgten fürchterlich brutale Festnahmen, Schläge und Folter von Tausenden IT-Fachleuten. Die Branche, die

einst Lukaschenkas Lieblingsärgernis war, stellte nun einen Feind des herrschenden Regimes dar. Eine Reihe von IT-Büros wurde durchsucht. *PandaDoc*, eines der vielversprechendsten belarussischen Start-Up-Unternehmen, wurde Ziel eines direkten Angriffs: Eine Reihe Mitarbeiter_innen wurde wegen oppositioneller Betätigung der Firma festgenommen; einer von ihnen sitzt bis heute in Haft.

Der IT-Sektor in Belarus ist nach Errichtung des High-Tech-Parks 2006 schnell angewachsen. Der Park bot nicht nur Steuervergünstigungen, sondern auch Schutz vor staatlicher Kontrolle. Nach der politischen Krise wurde dieser Schutz de facto entzogen. 2021 wurde auch ein Teil der Steuervergünstigungen aufgehoben. Da die meisten IT-Firmen Kunden im Ausland haben und die meisten IT-Kräfte weltweit stark gefragt sind, bildete ein Abzug die natürliche Reaktion. Der Abzug erfolgt sowohl auf Ebene der Firmen (viele der IT-Riesen wie *EPAM* oder *Wargaming* verfügen bereits über Büros/Niederlassungen in den Nachbarländern und haben den Mitarbeiter_innen Umzugsoptionen angeboten), wie auch auf individueller Ebene.

Während das größte IT-Portal, *dev.by*, im September 2020 noch berichtete, dass 4 Prozent der Respondent_innen einer Online-Umfrage bereits umgezogen seien, so waren es im Januar 2021 bereits 15 Prozent. Weitere 31 Prozent suchten nach einer Möglichkeit zum Umzug. Die Abzugsbewegung zeigt sich bereits in den zurückgehenden offiziellen Beschäftigungszahlen in der IT-Branche für Dezember 2020 und Januar 2021 (normalerweise war die Beschäftigung in diesem Sektor jährlich um 10 Prozent gestiegen). Der Umzug kann verschiedene Formen annehmen: Laut einer Umfrage von BEROC bei IT-Firmen haben 5,4 Prozent von ihnen bereits ihre Profitzentren verlegt, und 10,2 Prozent der Unternehmen eröffnen außerhalb von Belarus neue Niederlassungen (Stand: Dezember 2020).

Es werden zwar nicht alle IT-Fachleute oder -Unternehmen umziehen, doch dürfte das Wachstum sicherlich abnehmen. Der IT-Sektor ist darüber hinaus eine Quelle für Nachfrage aus dem Ausland gewesen. So verzeichnet die Immobilienbranche mittlerweile eine geringere Nachfrage nach Büroräumen. Der IT-Sektor blieb 2020 eine Wachstumslokomotive, die allerdings schwächer wird. Der IKT-Sektor war im Januar 2021 gegenüber dem Vorjahrsmonat nur um 2,9 Prozent gewachsen, im Vergleich zu 7,7 Prozent ein Jahr zuvor.

Zugang zu externen Finanzmitteln und Abhängigkeit von Russland

Eine weitere unmittelbare Folge der politischen Krise ist der beschränkte Zugang zu Finanzmärkten. Belarus hatte sich auf dem Eurobond-Markt intensiv Gelder geliehen, um die Schulden der öffentlichen Hand zu

refinanzieren, was nach dem August 2020 als Option wegfällt. Hier kommen zwar keine direkten Sanktionen zum Tragen, doch wird sich nur schwerlich eine Investitionsbank finden lassen, die bereit wäre, Anleihen auszustellen; zudem wären die Zinssätze zu hoch. Auch ist es unwahrscheinlich, dass internationale Organisationen Kredite bereitstellen, solange die politische Krise nicht überwunden ist. So hat sich der Internationale Währungsfonds geweigert, im September 2020 im Zusammenhang mit der Corona-Krise Hilfgelder bereitzustellen.

Da Belarus 2021 etwa 3,1 Milliarden US-Dollar benötigen dürfte, um seine öffentlichen Schulden zu bedienen oder zu tilgen (mit Reserven, die sich am 1. Januar auf nur 7,1 Milliarden USD beliefen), wird die Refinanzierung zu einem drängenden Problem. Das prognostizierte Haushaltsdefizit von rund 2,1 Milliarden US-Dollar verschärft die Lage. Und wiederum ist Russland für Belarus der Kreditgeber in letzter Not. Diese Abhängigkeit gibt Russland in seinen Beziehungen zu Belarus wirkmächtige Hebel an die Hand.

Langfristige Implikationen der aktuellen politischen Krise

Während die kurzfristigen Folgen der Krise umgehend sichtbar sind und viel Aufmerksamkeit erhalten, sind die langfristigen Folgen weniger spürbar und ernster Natur. Die gefälschten Wahlen und die anschließenden Repressionen mit brutaler Gewalt haben den sogenannten Sozialvertrag zwischen Staat und Gesellschaft gebrochen. Auch das Vertrauen in die Regierung hat sich in Luft aufgelöst. Das betrifft zwar in erster Linie das Vertrauen zu Lukaschenka und den Polizei- und Justizbehörden, doch schwappt der Vertrauensverlust auch über die wirtschaftlichen Sparten des Staates.

Die Vertrauenskrise und die zunehmende Unsicherheit drücken auf die Stimmung der Verbraucher_innen wie auch der Investor_innen. Die Unternehmen stuften das Risiko wirtschaftlicher Betätigung auf dem außerordentlich hohen Niveau von 4,4 (von 5) ein, folgt man einer Umfrage des Forschungszentrums *Institut für Privatisierung und Management (IPM)* vom Oktober 2020. Die makroökonomische Instabilität, die Unsicherheit und das Misstrauen gegenüber dem Rechtssystem werden als die wichtigsten Hindernisse für Entwicklung betrachtet. Einer Umfrage des BEROC bei kleinen und mittleren Unternehmen vom November 2020 zufolge, haben 24 Prozent dieser Unternehmen ihre Investitionspläne aufgegeben, und 21 Prozent haben angesichts der Risiken Neueinstellungen gestoppt. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung erwarten, dass ihre Einkommen zurückgehen werden, was sich auch in ihrem Konsumverhalten niederschlägt.

Während die offizielle Prognose der Regierung für 2021 von einem Wachstum von 1,8 Prozent für 2021

ausgeht, prognostiziert die Weltbank unter Verweis auf die fehlende Investitionsneigung einen Rückgang des belarussischen BIP um 2,7 Prozent. Die negativen Erwartungen schlagen sich bereits in den makroökonomischen Daten nieder: Die Investitionen waren im Januar 2021 im Vergleich zum Vorjahrsmonat um 5,3 Prozent zurückgegangen, der Umsatz im Einzelhandel schrumpfte im Januar 2021 um 0,9 Prozent, was die gedrückte Verbraucherstimmung widerspiegelt – ungeachtet der 2020 um 4,6 Prozent gestiegenen Realeinkommen der Bevölkerung. Ausländische Direktinvestitionen begannen im dritten Quartal 2020 aus Belarus abzufließen, indem die Investoren Gewinne aus dem Land abzogen.

Der Rückgang der Investitionsneigung hat keine unmittelbaren Folgen und bewegt die Regierung nicht zu unmittelbaren Maßnahmen. Angesichts des schwachen wirtschaftlichen Wachstumspotenzials in Belarus wird es zu weiterer Stagnation führen. Die Einkommensunterschiede zwischen Belarus und den Nachbarstaaten dürften zunehmen, und viele werden mit den Füßen abstimmen. Es wird erwartet, dass die Emigration zunimmt, und dass die kreativsten, am besten ausgebildeten und die unternehmerischsten Menschen die ersten sein werden, die das Land verlassen.

Das große Rätsel der Wirtschaftspolitik: Sind Reformen jetzt möglich?

Die Agenda für Wirtschaftsreformen ist in Belarus all die Jahre unverändert geblieben: Vorrang hat die Umstrukturierung des ineffizienten staatlichen Sektors, zusammen mit einer weiteren Liberalisierung und Deregulierung des privaten Sektors. Auch sind unpopuläre Reformen der sozialen Sicherung vonnöten: Anstelle ineffizienter Formen der Unterstützung (etwa der Subventionierung kommunaler Leistungen für alle) muss Belarus bei Armut und Arbeitslosigkeit bedürftigkeitsabhängige Hilfen einführen. Wenn die Regierung vor der Krise noch zögernd einige der Reformen umzusetzen versuchte, so lösen sich die jüngsten Reformfortschritte jetzt in Luft auf, wie man an der Politik der Nationalbank erkennen kann. Es besteht das Risiko, dass die schwer errungene makroökonomische Stabilität verloren geht.

Der am stärksten konfliktgeladene Bereich ist die Politik zum privaten Sektor. Einerseits verstehen die Wirtschaftsbehörden, dass der private Sektor die einzige Wachstumsquelle darstellt, und sie würden gern eine weitere Liberalisierung und Unterstützung fortführen. Andererseits betrachtet Lukaschenka den privaten Sektor als Beispiel für gefährliche Unabhängigkeit und eine Quelle von Protest. Höhepunkt dieses Konflikts war die »Allbelarussische Volksversammlung« im Februar 2021, als das Wirtschaftsministerium einen neuen Fünfjah-

resplan mit dem Plan vorlegte, das Unternehmertum zu fördern, die Infrastruktur zu stärken und Strafen für Wirtschaftsverbrechen zu mildern. Lukaschenka hingegen meinte, dass das Unternehmertum in Belarus durch eine Deregulierung zu sehr von der Leine gelassen worden seien, und dass die Zügel angezogen werden sollten. Zudem könnten nur Unternehmen, die sich gegenüber dem Regime loyal zeigen, ihre Tätigkeit in Belarus fortsetzen. Diese verbalen Vorstöße werden im Zusammenspiel mit einigen Steuererhöhungen und den Drohungen, die Vorzugsregelungen für Einzelunternehmer abzuschaffen, die privaten Investitionen bremsen.

Langfristig bewirkt das mangelnde Vertrauen, dass viele bedeutungsvolle Reformen unmöglich werden. Eine weitere Liberalisierung der Vorschriften würde im privaten Sektor auf Skepsis stoßen. Jeder Versuch, die soziale Sicherung zu optimieren, wäre politisch schwierig, und die Menschen würden den besten Absichten der Regierung nicht trauen. Die Governance der Unterneh-

men in Staatsbesitz zu verbessern, wäre kaum möglich, weil selbst die Direktor_innen von Unternehmen in Staatsbesitz zu eingeschüchtert wären, um die versprochenen unternehmerischen Freiheiten tatsächlich zu nutzen; sie würden sichere Lösungen vorziehen. Gleichzeitig dürfte die Zentralregierung nicht in der Lage sein, Haushaltsbeschränkungen für Unternehmen in Staatsbesitz strenger durchzusetzen, wobei sie stets der Versuchung erliegen würde, angesichts der fehlenden Unabhängigkeit der Nationalbank auf eine direktivistische Praxis bei der Kreditvergabe zu setzen. Die besten Köpfe in den Wirtschaftsressorts des Staates dürften den öffentlichen Dienst in Ernüchterung stürzen. Jede positive Reformagenda für die Wirtschaft ist zum Scheitern verurteilt, solange das Vertrauen nicht wiederhergestellt ist – und das Vertrauen lässt sich nur über politische Veränderungen wiederherstellen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Dr. Kateryna Bornukova is wissenschaftliche Direktorin des Wirtschaftsforschungszentrums BEROC. Sie hat in Odessa, Kyjiw und Madrid studiert und war als Gastprofessorin an der Kyjiw School of Economics tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Makroökonomie, Angebot von Beschäftigten, Unternehmenszyklen und die Partizipation weiblicher Arbeitskräfte.

Bibliographie

- Adarov, Amat; Kateryna Bornukova, Rumen Dobrinsky (Hg.), Peter Havlik, Gábor Hunya, Dzmitry Kruk, Olga Pindyuk: The Belarus economy: The challenges of stalled reforms [= wiiw Research Report Nr. 413], Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, November 2016; <https://wiiw.ac.at/the-belarus-economy-the-challenges-ofstalled-reforms-dlp-4032.pdf>.
- Dobrinsky, Rumen: What Can Be the Way out of the Impasse in Belarus? [= wiiw Policy Notes and Reports, Nr. 40], Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, September 2020; <https://wiiw.ac.at/what-can-be-the-way-out-of-the-impasse-in-belarus-dlp-5392.pdf>.
- Guriev, Sergei: The political economy of the Belarusian crisis, in: Intereconomics, 55.2020, Nr. 5, S. 274–275; <https://www.intereconomics.eu/contents/year/2020/number/5/article/the-political-economy-of-the-belarusian-crisis.html>
- Kruk, Dzmitry; Lev Lvovskiy: Does Political Illegitimacy in Belarus Imply New Economic Risks? [= FREE Network: Policy Brief Series], October 2020; <http://beroc.by/upload/iblock/46d/46d60debcdb2fa26fc7cbeaa2aaafb2e.pdf>.
- Oxford Analytica. »Belarus unrest puts IT sector at risk.« Emerald Expert Briefings oxan-db.

STATISTIK

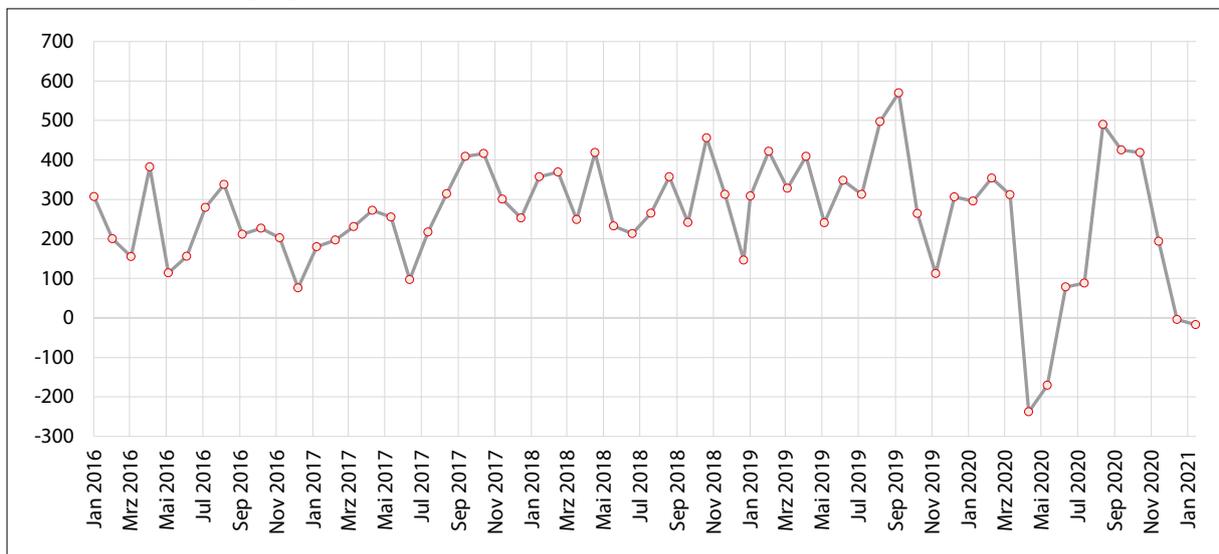
Wirtschaft und IT-Sektor in Belarus

Grafik 1: Wachstumsdynamik des Bruttoinlandsprodukts in Belarus (in %)



Quelle: Erstellt von der Autorin auf Grundlage der Daten des Nationalen Statistischen Rates: <http://dataportal.belstat.gov.by>

Grafik 2: Beschäftigungsdynamik im IT-Sektor (Personenzahl: Inflow minus Outflow)

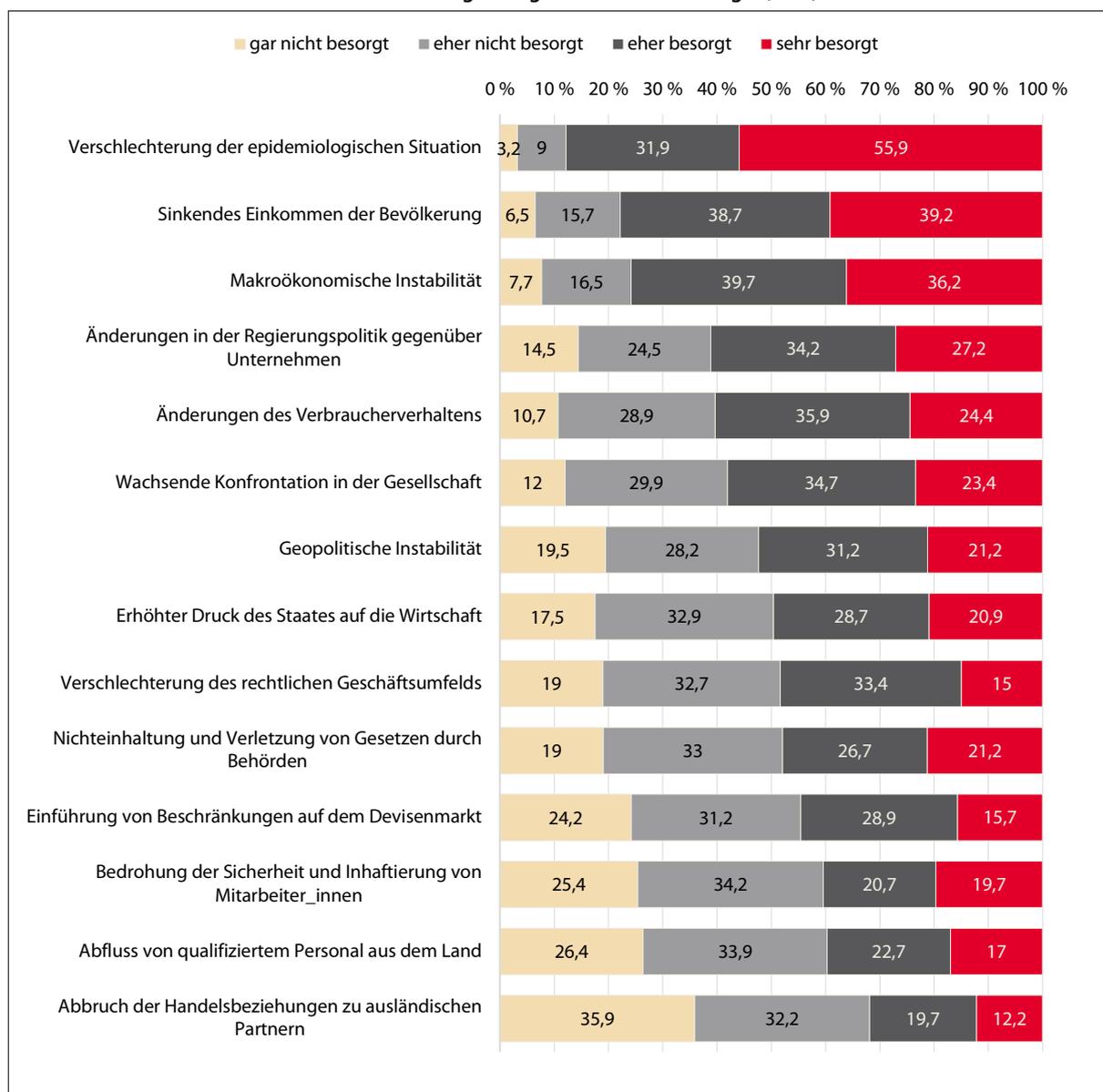


	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2016	307	200	155	382	114	156	280	338	212	227	203	76
2017	180	197	231	272	255	97	217	314	409	416	301	253
2018	357	369	249	419	233	213	265	357	242	456	313	146
2019	309	422	328	409	241	348	313	497	570	264	112	306
2020	296	354	312	-238	-171	78	88	490	425	419	194	-4
2021	-17											

Quelle: Erstellt von der Autorin auf Grundlage der Daten des Nationalen Statistischen Rates: <http://dataportal.belstat.gov.by>

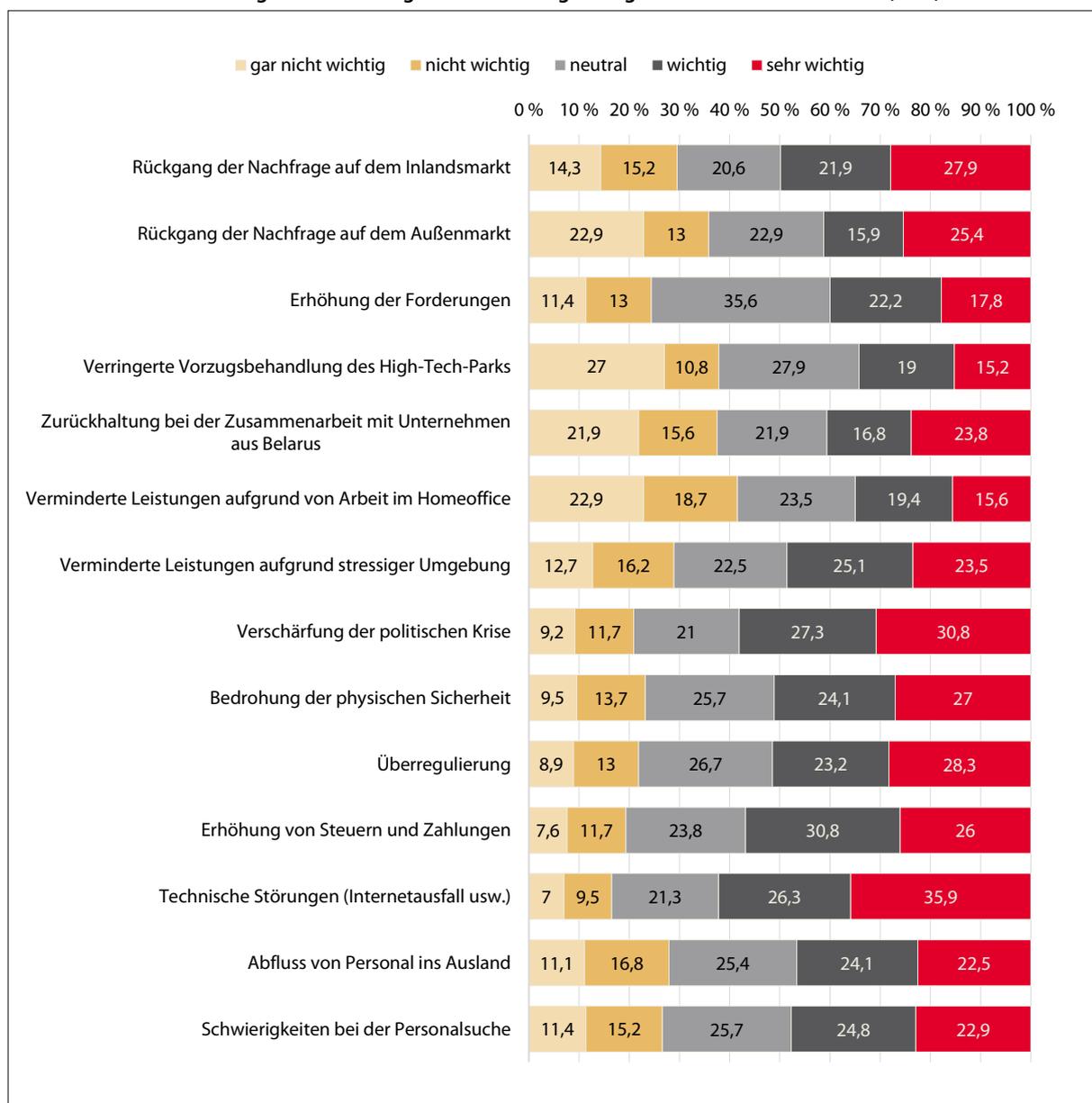
Meinungsumfragen zu Geschäftsrisiken

Grafik 1: Umfrage von BEROС (April–November 2020)
Inwieweit ist Ihr Unternehmen wegen folgender Risiken besorgt? (in %)



Quelle: Belorusskij bisnes: riski i vosmoshnosti, BEROС, 2020, <http://www.beroc.by/upload/medialibrary/7a4/7a4fd7bb34cea46f0c6c83d68d65b9a0.pdf>

Grafik 2: Umfrage von BEROС (Dezember 2020)
Einschätzung der Bedeutung der Auswirkungen folgender Risiken im IT-Sektor (in %)



Quelle: IT otrasl w Belarusi: tekuschtscheje poloshenije i perspektivy raswitija, BEROС, 2021, <http://www.beroc.by/upload/iblock/ae2/ae25529b6e59aeefdf78a8ae149423d2.pdf>

Die Antwort der EU auf die Krise in Belarus: Solidarität oder untätiges Zusehen?

Katsiaryna Shmatsina (Belarussisches Institut für Strategische Studien BISS, Minsk)

Die Beziehungen zwischen Belarus und der EU können als Fallstudie dienen, wie die EU im Umgang mit dem autoritären Regime buchstäblich jede denkbare Strategie einsetzte. In den 26 Jahren unter Lukaschenka als Präsident hat die EU als Reaktion auf schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen gegen Belarus Sanktionen verhängt, hat die Unterstützung für die Zivilgesellschaft ausgebaut und mehrere Versuche einer Annäherung unternommen, wobei dem offiziellen Minsk ein Vertrauensvorschuss hinsichtlich einer Liberalisierung erteilt und technische Hilfe zur Modernisierung der Institutionen in Belarus angeboten wurde. In den letzten Jahren – einem weiteren Zyklus der Annäherung seit 2015 – hat es fast schon als schlechter Ton gegolten, in der öffentlichen Diskussion mit europäischen Politiker Kritik an Lukaschenkas Regime vorzubringen. Das allgemein akzeptierte Narrativ lautete vielmehr, dass es beim gegenseitigen Verständnis von Minsk und Brüssel Fortschritte gebe. Die EU neigte dazu, Bereiche gemeinsamer Grundlagen zu betonen, wie etwa die Zusammenarbeit bei unpolitischen, sensiblen Bereichen, unter anderem der technischen Hilfe im Rahmen der Östlichen Partnerschaft.

Die Krise nach den Wahlen von 2020 hat die Beziehungen der EU zu Belarus auf den Anfang zurückgeworfen, wobei das in den letzten Jahren Erreichte weggewischt und die westliche Politik in Richtung offizielles Minsk vor den Kopf gestoßen wurde. Der Punkt, an dem es kein Zurück mehr gab, wurde nicht nur dadurch überschritten, dass in Reaktion auf die friedlichen Proteste über 30.000 Menschen festgenommen wurden, was die Zahlen aus früheren Jahren bei Weitem übersteigt, beispielsweise die 700 Festgenommenen vom Dezember 2010. Wichtiger noch war die rote Linie, die mit Hunderten Berichten über unmenschliche Behandlung und Folter in den Haftzentren überschritten wurde, wie auch mit mehreren Todesfällen, die es aufgrund vorsätzlicher Gewalt seitens der Polizei gab. Die Repressionen halten bis heute an; täglich werden Aktivisten festgenommen. Fortgesetzt werden auch die Versuche des Regimes, jedwede Initiative jener Bürger zu brechen, die Kritik am Regime artikulieren und sich den Protesten anschließen könnten.

Die Implikationen, die diese Entwicklung für die Sicht der EU auf Belarus hat, sind derart, dass nun eines klar ist: **Die frühere Strategie der EU einer technokratischen Demokratieförderung wird zukünftig nicht mehr möglich sein.** Sämtliche Errungenschaften früherer Jahre und die scheinbare Aufgeschlossenheit des offiziellen Minsk

gegenüber dessen europäischen Gegenüber, etwa die Reputation von Wladimir Makej als progressiver und aufgeschlossener Außenminister, schrumpften drastisch zusammen, als das Regime auf einen Überlebensmodus um jeden Preis schaltete und staatlichen Terror sowie Straffreiheit der Polizei für den Tod von Protestierenden zu rechtfertigen suchte. Der Austausch von institutioneller Expertise in der Verwaltung und die Entwicklung von Infrastrukturprojekten hatten während der Annäherungsphase ihren Zweck erfüllt. Mit Blick in die Zukunft allerdings, **falls es Lukaschenka gelingt, den Status quo aufrechtzuerhalten, wäre es sinnlos, einen ähnlichen Rahmen für die Zusammenarbeit herzustellen, da dies allein den Interessen des Regimes in Belarus dienen würde.**

Bislang ist die Reaktion der EU auf die Krise in Belarus proaktiv gewesen. Die EU hat Sanktionen verhängt und Kontakte zu den belarussischen Behörden ausgesetzt. Gleichzeitig wurden Finanzhilfen in die belarussische Zivilgesellschaft geleitet. Mehrere Mitgliedstaaten der EU, darunter die baltischen Staaten, sind äußerst aktiv gewesen, um das Thema Belarus in Brüssel und darüber hinaus ins Rampenlicht zu bringen. So hat Swjatlana Zichanouskaja auf Einladung Estlands informelle Treffen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen abgehalten. Litauen setzte sich für den Einsatz der Prinzipien universeller Jurisdiktion ein und nahm Ermittlungen zum gewaltsamen Vorgehen des Regimes gegen die Protestierenden auf, nachdem gemäß dem Moskauer Mechanismus der OSZE ein Berichterstatter zu Belarus ernannt worden war. Deutschland und die Tschechische Republik haben ähnliche Untersuchungen begonnen, um in Richtung der belarussischen »Silowiki« das Signal zu senden, dass diejenigen, die in die Gewalttaten verstrickt sind, zur Verantwortung gezogen werden, sobald sie die EU-Grenze übertreten. Regelmäßige Treffen europäischer Entscheidungsträger mit Vertretern der demokratischen Opposition erlauben es, das Vorgehen in Bezug auf Belarus zu koordinieren und eine bedarfsorientierte Antwort auszuarbeiten, wie weiterer Druck auf das Regime ausgeübt und die Zivilgesellschaft unterstützt werden könnte.

Allerdings gibt es auch bestimmte Grenzen, wie weit der politische Wille der EU zur Herstellung eines echten Wandels in Belarus reichen würde. Schließlich haben die bislang verhängten Sanktionen keinen substanziellen Druck auf Lukaschenka und dessen Kumpane erzeugt. Gestützt auf den Inhalt der drei Sanktionspakete scheint es leichter zu sein, jene Richter und Polizisten auf die

Liste zu setzen, die an den Repressionen beteiligt waren. Sehr viel komplizierter ist es aber, große Unternehmen ins Visier zu nehmen, insbesondere jene, die womöglich Verbindungen zu Unternehmen in der EU haben. Die langwierige Krise wirft auch die Frage auf, wie eine langfristige Antwort der EU aussehen könnte, falls Lukaschenka sich an der Macht halten sollte. **Es ist von zentraler Bedeutung, dass der Westen nicht in die Falle neuer Liberalisierungsversprechen des belarussischen Regimes tappt** oder Lukaschenkas Versuchen zuzustimmen, einen nationalen Dialog ohne Beteiligung der echten demokratischen Opposition zu orchestrieren. Auch werden in Brüssel die Entscheidungen in Bezug auf Belarus unter Einberechnung einer potenziellen Antwort durch Russland getroffen.

Ungeachtet all der genannten Einschränkungen kann und sollte die EU bei der Unterstützung der Menschen in Belarus, die für ihren Kampf für Freiheit tagtäglich einen hohen Preis zahlen, eine Rolle spielen. Die aktuelle Krise ist für die Zukunft der Demokratie in Belarus von entscheidender Bedeutung: Die Konsolidierung der belarussischen Gesellschaft gegen das Regime hat – verglichen mit früheren Jahren – qualitativ ein neues Niveau erreicht. Die EU sollte solidarisch an der Seite der Belarus_innen stehen und sich auf die ihr zur Verfügung stehenden Mittel für politischen Druck konzentrieren. Die Unterstützung einer Vermittlung durch die OSZE könnte hier der nächste logische Schritt sein.

1. Während die Diskussion über ein neues Sanktionspaket stattfinden, ist es wichtig, jene konkreten Unternehmen ins Visier zu nehmen, die mit dem Regime verbunden sind, auch wenn diese versuchen könnten, ihre Kommunikationskanäle in die EU-Institutionen zu nutzen und gegen solche Listen zu lobbyieren. Sanktionen allein werden Lukaschenka nicht zum Abtritt zwingen. Erhöhen sich jedoch für die regimenahe Eliten die Kosten für die Unterstützung des Regimes, könnten sie ihre Entscheidung zur Aufrechterhaltung des Status quo überdenken.
2. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre, auf einer Vermittlung durch die OSZE zu bestehen. Hier kommt der Faktor Russlands ins Spiel: Einerseits könnte eine Entscheidung für die OSZE für Moskau akzeptabel sein, da Russland Mitglied der OSZE ist und somit in den Prozess eingebunden wäre. Gleichzeitig neigt Wladimir Putin jedoch zu einem exklusiven Dialog mit Lukaschenka und versucht aus der Krise auf seine Art Kapital zu schlagen – ohne Diskussion mit dem Westen. **Dabei steht es in der Macht der EU, mit der russischen Führung eine Diskussion über mögliche Lösungen der Krise in Belarus zu beginnen, und zwar angesichts des Umstandes, dass das Regime in Belarus ohne Moskaus Unterstützung nicht überleben würde.** Russland und die EU haben offensichtlich entgegengesetzte Ansichten zu einer Lösung für Belarus. Moskau würde

wohl kaum einem Szenario zustimmen, bei dem der belarussische demokratische Protest siegt. Gleichwohl gibt es für Szenarien, die für beteiligten Seiten akzeptabel wären, einen Diskussionspielraum mit Moskau. Die EU kann die Stimme der Führung der Demokratiebewegung in Belarus verstärken, die zu einem offenen Dialog mit Russland aufruft und behauptet, bei dem Protest gehe es allein um einen inneren Wandel in Belarus und nicht um eine geopolitische Orientierung des Landes. Damit soll versichert werden, dass eine neue Führung in Belarus sich nicht von Russland abwenden werde. Neben anderen Argumenten ist es wichtig, dem Kreml zu vermitteln, dass Versuche, Lukaschenka zu halten oder ihn durch jemanden aus der Nomenklatura oder eine moskaufreundliche Figur zu ersetzen, in den Augen einer höchst mobilisierten Gesellschaft in Belarus nicht hinnehmbar wären. Für die Belarus_innen läge die einzige akzeptable Lösung in einem Kandidaten oder einer Kandidatin, der oder die in den Augen der Bevölkerung tatsächlich Legitimität genießt.

3. Schließlich ist eine Unterstützung für die Zivilgesellschaft in Belarus vonnöten, unter anderem für jene Aktivisten, die angesichts der drohenden Strafverfolgung gezwungen waren, das Land zu verlassen, oder jene, die den Mut haben, in Belarus zu bleiben und sich täglich der Gefahr von Repressionen auszusetzen. Die EU hat bereits im Rahmen des Solidaritätsprogramms *EU4Belarus* erhebliche finanzielle Hilfen bereitgestellt. Besonders bemerkenswert ist, dass die EU die Appelle der demokratischen Kräfte in Belarus berücksichtigt hat, die gefordert hatten, die Mittel über Kanäle jenseits der belarussischen Behörden zu übertragen. Mit Blick auf die Zukunft sollte die Umsetzung von Hilfsprogrammen wie etwa jenen, die gefährdeten belarussischen Wissenschaftler_innen und Studierenden Mobilität gewähren, mit belarussischen Initiativen vor Ort koordiniert werden. Darüber hinaus sollte – falls möglich – nicht nur eine Organisation als Kanal für Hilfgelder dienen, damit die Vielfalt der belarussischen Initiativen gewahrt bleibt und nicht eine Verteilung von oben nach unten gefördert wird, bei der eine Gruppierung sämtliche Ressourcen konzentrieren könnte.

Es gibt keine eindeutige Lösung für die Krise in Belarus. Allerdings sind Komponenten vorhanden, die zu einem demokratischen Wandel beitragen: Die Gesellschaft in Belarus ist in einem Maße mobilisiert, dass klar ist: das Regime genießt zweifellos keine Legitimität. Die demokratischen Kräfte in Belarus sprechen mit einer Stimme und erhalten auf internationaler Bühne Aufmerksamkeit. Die EU wiederum verfügt über das Potenzial, Belarus ins Rampenlicht zu stellen und die Forderungen nach einem Dialog und Vermittlung zu verstärken und weiterzutragen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Informationen über die Autorin finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Katsiaryna Shmatsina ist politische Analytikerin am Belarussischen Institut für Strategische Studien (BISS) in Minsk. Zuvor arbeitete Katsiaryna Shmatsina für die Projekte zur Rechtsstaatlichkeit und zur demokratischen Regierungsführung der »American Bar Association« (Sektion Internationales Recht) und war als Programmkoordinatorin für Belarus des »International Republican Institute« tätig. Sie hat einen Abschluss als Master für Internationale Beziehung der Universität Syracuse und einen LL.B. der Belarussischen Staatlichen Universität.

KOMMENTAR

Europas Belaruspolitik könnte noch mehr – aber keine Wunder bewirken

Jakob Wöllenstein (Auslandsbüro Belarus der Konrad-Adenauer-Stiftung, Vilnius)

Mit Blick auf ihre Politik gegenüber Belarus wird der Europäischen Union in den letzten Jahren regelmäßig Versagen vorgeworfen und tatsächlich stehen die Beziehungen mit dem Regime seit August 2020 vor einem Scherbenhaufen. Im Angesicht der Massenproteste nach der gefälschten Wahl hatte Aljaksandr Lukaschenka eine rhetorische außenpolitische Rückwärtsrolle vollzogen und die Schuld an den »Unruhen« reflexartig dem Westen zugeschoben. Kritiker sahen sich bestätigt, dass der »Kuschelkurs« im Zuge des mehrjährigen Tauwetters von vornherein falsch und bestenfalls naiv gewesen war. Die EU habe für Geopolitik ihre Werte verraten und konnte Lukaschenka doch nicht zum Besseren verändern. Nun scheitert sie erneut an einer entschlosseneren Reaktion auf die präzedenzlosen Menschenrechtsverletzungen.

Inwiefern ist diese Kritik – im Rückblick und bezogen auf heute – berechtigt? Die Frage nach Erfolg und Misserfolg bemisst sich sowohl an den selbstgesetzten Zielen als auch den tatsächlichen Möglichkeiten. Zwar ist es eine Binsenweisheit, dass Detailwissen über Belarus in Brüssel und vielen EU-Hauptstädten weiterhin ein rares Gut ist. Doch dürfte sich nach den Erfahrungen mit dem Regime kaum jemand der Illusion hingeeben haben, dass Lukaschenka durch Handel und Softpower je zum Demokraten (gemacht) werden könnte. Die letzten entsprechenden Anläufe, etwa durch Deutschland und Polen oder Litauen, waren im Dezember 2010 krachend gescheitert und es wuchs die Erkenntnis, dass ein autoritärer Herrscher nur dann bereit ist, gesellschaftliche Freiräume zuzulassen, wenn er sich fest im Sattel sieht. Im Moment der Bedrohung ordnet er alles andere dem eigenen Machterhalt unter.

Die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem Regime ab 2015 stand deshalb unter der Überschrift des »critical engagement« und ging zunächst von den dessen faktischer Konsolidierung aus. Im Schatten der Ukraine Krise inszenierte sich Lukaschenka als »Garant

von Frieden und Stabilität« in Belarus und der Region und da es angesichts der weitgehenden Ausschaltung des demokratischen Wettbewerbs keine aussichtsreichen Herausforderer gab, teilten viele in Brüssel und Belarus die stille Annahme, dass Lukaschenka trotz Wahlfälschung eine Mehrheit hinter sich hatte. Mit der Öffnungspolitik sollte somit nicht er missioniert, sondern Spielräume zur Zusammenarbeit mit dem Land erschlossen werden, etwa in der Wirtschaft, Zivilgesellschaft oder Expertengemeinschaft. Auch mit dem Regime wurden Themen des »gemeinsamen Interesses« gesucht, wie etwa Umwelt, Verkehr, Außengrenzen und nicht zuletzt regionale Sicherheit. Einen wichtigen Bezugsrahmen dafür bildete die Östliche Partnerschaft. Fragen zu Menschenrechten und Demokratie standen dabei weiterhin auf der Agenda, etwa im EU-Belarus-Menschenrechtsdialog und die Freilassung der politischen Gefangenen 2015 war eine zentrale Vorbedingung für das Tauwetter gewesen. Demokratische Rückschritte wie die Parlamentswahl 2019 wurden klar kritisiert und die letzten Personensanktionen wie auch das Waffenexportverbot nie aufgehoben.

Wenngleich manche Vorhaben, wie der belarussische Bologna-Prozess, kaum über das Papier hinauskamen, wurde in diesen Jahren doch einiges erreicht, wie die Umsetzung größerer EU-Projekte, eine Vielzahl von Austausch- und Begegnungsprogrammen oder bilaterale Formate wie die deutsch-belarussische Historikerkommission und Strategische Beratergruppe Initiiert durch die Außenministerien. Das Image der EU in Belarus verbesserte sich und die Beziehungen zum Westen waren in einer nichtveröffentlichten Umfrage vom Frühjahr 2020 der einzige Bereich mit positiver Dynamik. Auch die Visa-Erleichterung markierte einen Meilenstein. Dass nach der gefälschten Wahl 2020 vor allem Beamte des Außenministeriums den Dienst quittierten, die diese Annäherung über Jahre mitgetragen hatten, spricht Bände.

Auf die neue Eskalation in Belarus reagierte die EU auf rhetorischer und diplomatischer Ebene früh, schnell und scharf. Die Nichtanerkennung der Wiederwahl Lukaschenkas war ein Novum – doch stellte sich die Frage, welche Taten folgen konnten. Die Vielstimmigkeit der EU ist dabei Stärke und Schwäche zugleich. Die Komplexität der Entscheidungsprozesse kostet ohne Frage Geschwindigkeit. Während die Baltischen Staaten noch im August 2020 erste Einreisesperren gegen Personen erließen, die sich nachweislich der Wahlfälschung und Gewalt gegen friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten schuldig gemacht hatten, folgten die EU-Pakete »restriktiver Maßnahmen« erst im Oktober, November und Dezember. Diese umfassen sowohl Einreisesperren gegen 88 Personen inklusive Lukaschenka als auch »Asset Freeze« und ein Finanzierungsverbot, auch gegen sieben Firmen. Sieben weitere europäische Staaten schlossen sich an, inklusive der Schweiz und der Ukraine. Großbritannien und Kanada verhängten ähnliche Maßnahmen.

Den Umfang der Sanktionslisten kritisieren manche Vertreterinnen und Vertreter der belarusischen Demokratiebewegung als geradezu »lächerlich« angesichts konkreter Hinweis auf tausende Mittäter aus Polizei und Justiz sowie Financiers des Regimes. Allerdings waren auch die USA in ihrer Reaktion nicht wesentlich schneller, wenngleich ihre Personenliste inzwischen doppelt so lang ist wie die der EU. Es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob das neue europäische »Magnitsky«-Instrument nicht viel umfangreicher und auch grundsätzlicher eingesetzt werden kann bis hin zu einem bürokratischen Automatismus, der etwa erwiesenen Wahlfälschern grundsätzlich die Einreise verweigert. Ebenso könnten sich weitere Staaten der durch Litauen begonnenen Initiative gezielter internationaler Strafverfolgung anschließen. Doch jenseits der personenbezogenen Maßnahmen kamen Potenzialanalysen zu weiteren restriktiven Schritten zu ernüchternden Ergebnissen. **Der Fußabdruck der EU in Belarus war und ist nicht sonderlich groß und die stärksten Hebel liegen in einer Beschränkung von Finanzierungsmechanismen des Regimes durch westliche Banken und internationale Geldgeber.**

Was man der EU mit Blick auf die letzten Jahre demnach wohl am ehesten vorwerfen kann, ist, das Engagement und damit ihren Einfluss nicht stärker ausgebaut zu haben. Litauens Blockade der Partnerschaftsprioritäten angesichts des umstrittenen Atomkraftwerk in Astravets verhinderte etwa den Abschluss eines breiteren Rahmenabkommens zwischen Belarus und der EU. Auch im wirtschaftlichen Bereich hatte Minsk höhere Ambitionen formuliert (ein Drittel des Außenhandels mit der EU) als letztlich erreicht wurden.

Doch selbst bei einem größeren Fußabdruck und der Möglichkeit zu harten Wirtschaftssanktionen wäre fraglich, was diese wirklich erreichen könnten. Zwar zählt zu den Lieblingsargumenten des Minsker Regimes, dass Druck vom Westen das Land nur in die Arme Russlands treibe. Doch es ist wahr, dass Putin Lukaschenka in einem solchen Fall noch stärker stützen würde, um zu verhindern, dass westliche Zwangsmaßnahmen das artverwandte Nachbarregime in die Knie zwingen.

Die Möglichkeiten der Einflussnahme der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sind daher grundsätzlich begrenzt. Doch in der Kombination von Druck- mit Unterstützungsmaßnahmen bietet ihre Mehrstimmigkeit auch Potenziale. Denn während sich gerade die Nachbarländer durch maximale Unterstützung für das belarusische Volk hervortun, aber damit für Minsk und Moskau politisch ein rotes Tuch sind, haben manch andere EU-Mitgliedsstaaten, wie etwa Österreich oder auch Ungarn, bessere Kanäle zum Regime. Sollte sich früher oder später doch eine Gelegenheit für Verhandlungen auftun, könnte solche EU-Staaten womöglich eine Rolle als »ehrliche Makler« zukommen. Bis dahin ist es wichtig, dass die EU, ihre Mitgliedsstaaten und Gesellschaften weiterhin solidarische Unterstützung leisten, Belarus auf der Agenda halten, solide Kenntnisse über das Land entwickeln und bereits jetzt die mannigfaltigen Potenziale für eine künftige vertiefte Partnerschaft ermitteln. All dies kann jedoch den Prozess bestenfalls flankieren. Eine wirkliche Lösung der Krise kann nur aus Belarus selbst kommen.

Über den Autoren

Jakob Wöllenstein ist Leiter des Auslandsbüros Belarus der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Vilnius, Litauen

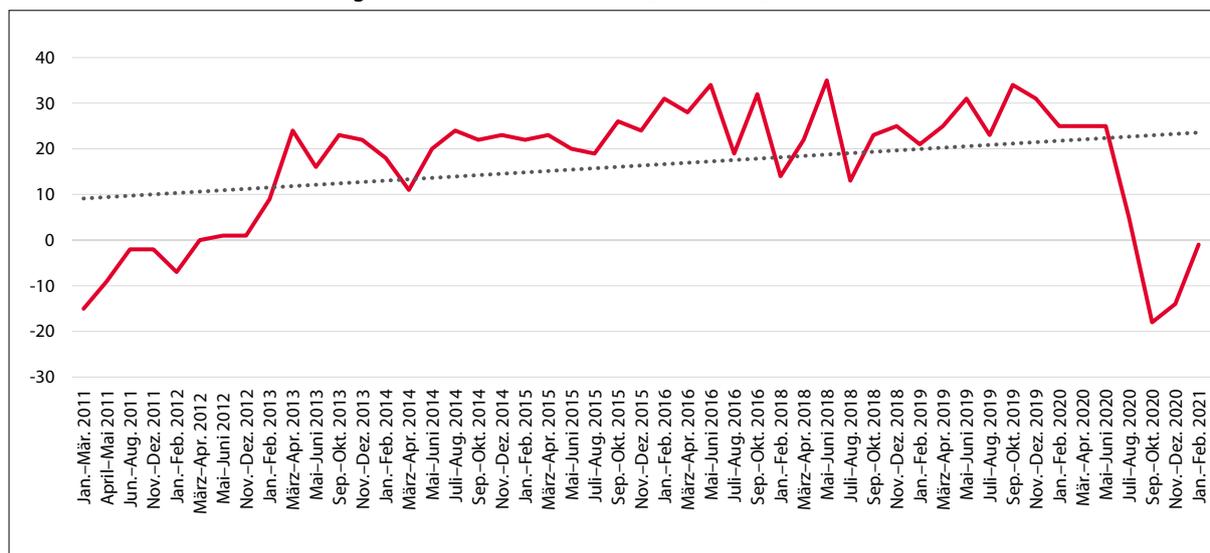
Bibliographie

- Forbrig, Jörg: Belarusische Hilferufe: Deutschland und Europa fehlt es an Solidarität und Strategie für ein demokratisches Belarus. Analyse, Heinrich-Böll-Stiftung, 8. Januar 2021; <https://www.boell.de/de/2021/01/08/belarusische-hilferufe-deutschland-und-europa-fehlt-es-solidaritaet-und-strategie-fuer>
- Slunkin, Pavel: Glass half full: The EU's policy on Belarus, European Council on Foreign Relations, 20 November 2020; <https://ecfr.eu/article/glass-half-full-the-eus-policy-on-belarus/>

STATISTIK

Politische Beziehungen zur EU

Grafik 1: Index der Beziehungen von Belarus mit der EU* (2011–2021)



Jan.-Mär. 2011	-15
April-Mai 2011	-9
Jun.-Aug. 2011	-2
Nov.-Dez. 2011	-2
Jan.-Feb. 2012	-7
März-Apr. 2012	0
Mai-Juni 2012	1
Nov.-Dez. 2012	1
Jan.-Feb. 2013	9
März-Apr. 2013	24
Mai-Juni 2013	16
Sep.-Okt. 2013	23
Nov.-Dez. 2013	22
Jan.-Feb. 2014	18
März-Apr. 2014	11
Mai-Juni 2014	20
Juli-Aug. 2014	24
Sep.-Okt. 2014	22
Nov.-Dez. 2014	23
Jan.-Feb. 2015	22
März-Apr. 2015	23
Mai-Juni 2015	20
Juli-Aug. 2015	19
Sep.-Okt. 2015	26
Nov.-Dez. 2015	24

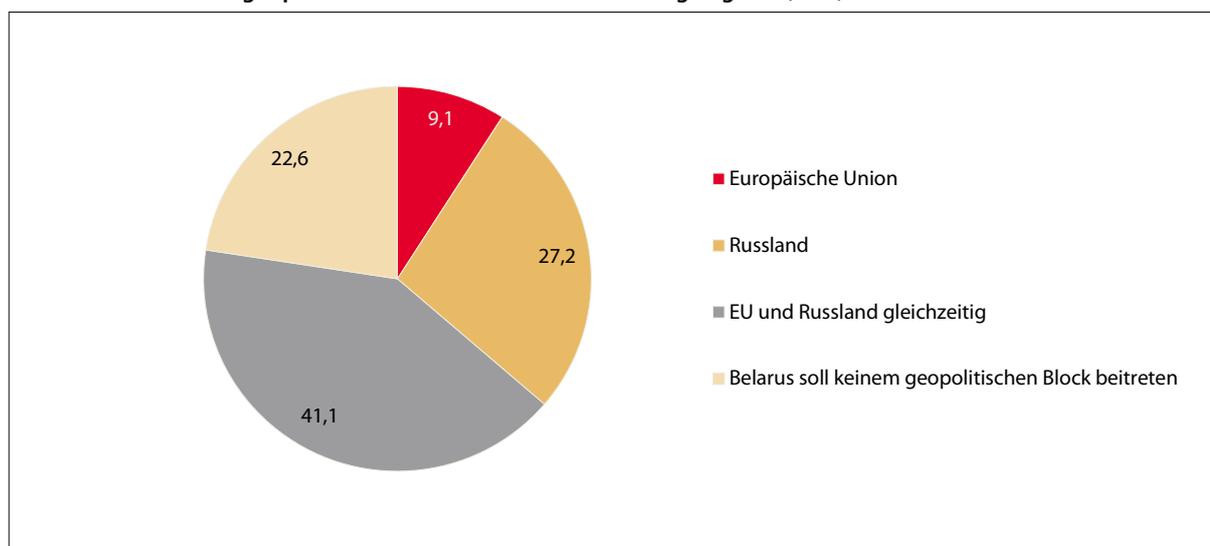
Jan.-Feb. 2016	31
März-Apr. 2016	28
Mai-Juni 2016	34
Juli-Aug. 2016	19
Sep.-Okt. 2016	32
Jan.-Feb. 2018	14
März-Apr. 2018	22
Mai-Juni 2018	35
Juli-Aug. 2018	13
Sep.-Okt. 2018	23
Nov.-Dez. 2018	25
Jan.-Feb. 2019	21
März-Apr. 2019	25
Mai-Juni 2019	31
Juli-Aug. 2019	23
Sep.-Okt. 2019	34
Nov.-Dez. 2019	31
Jan.-Feb. 2020	25
Mär.-Apr. 2020	25
Mai-Juni 2020	25
Juli-Aug. 2020	5
Sep.-Okt. 2020	-18
Nov.-Dez. 2020	-14
Jan.-Feb. 2021	-1

* Je höher der Wert, desto positiver die Dynamik der beidseitigen Beziehungen

Quelle: Daten des Belarus Foreign Policy Index (BFISS) und des Minsk Barometers (Minsk Dialogue), <https://belinstitute.com/en/analyticcomments/belarus-foreignpolicy-index>, <http://minskdialogue.by/programs/vneshniaia-politika-belarusi>

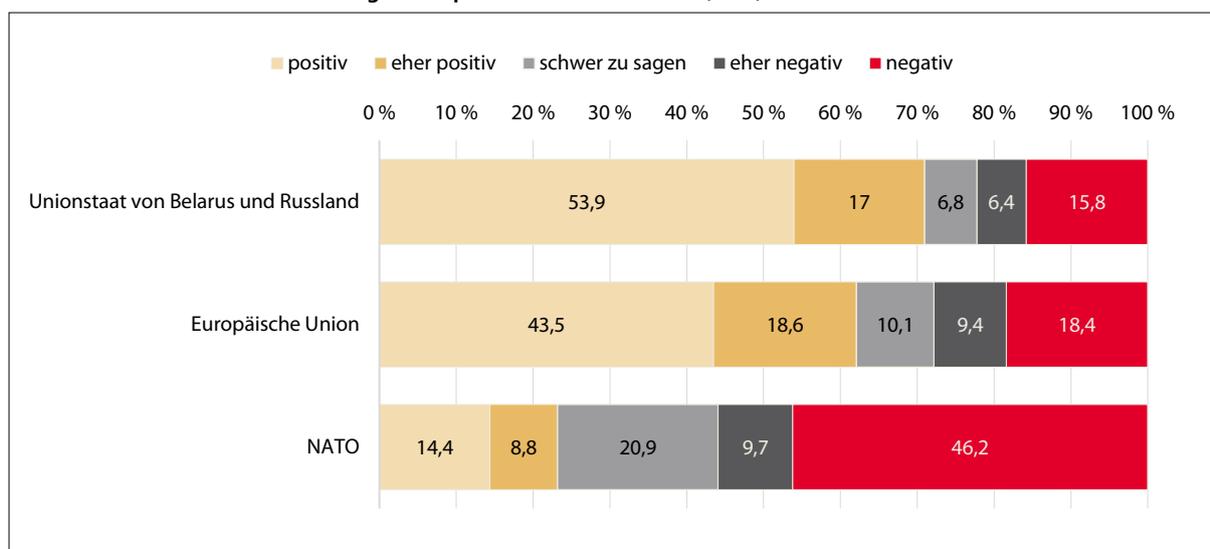
Meinungsumfragen zur EU

**Grafik 1: Umfrage von Chatham House (September 2020):
Welcher geopolitische Block ist für Belarus besser geeignet? (in %)**



Quelle: *Belarusians' views on the political crisis*, Chatham House, <https://drive.google.com/file/d/13fE7DjWNoNFldsCZK9g5MmjW0VemlyW/view>

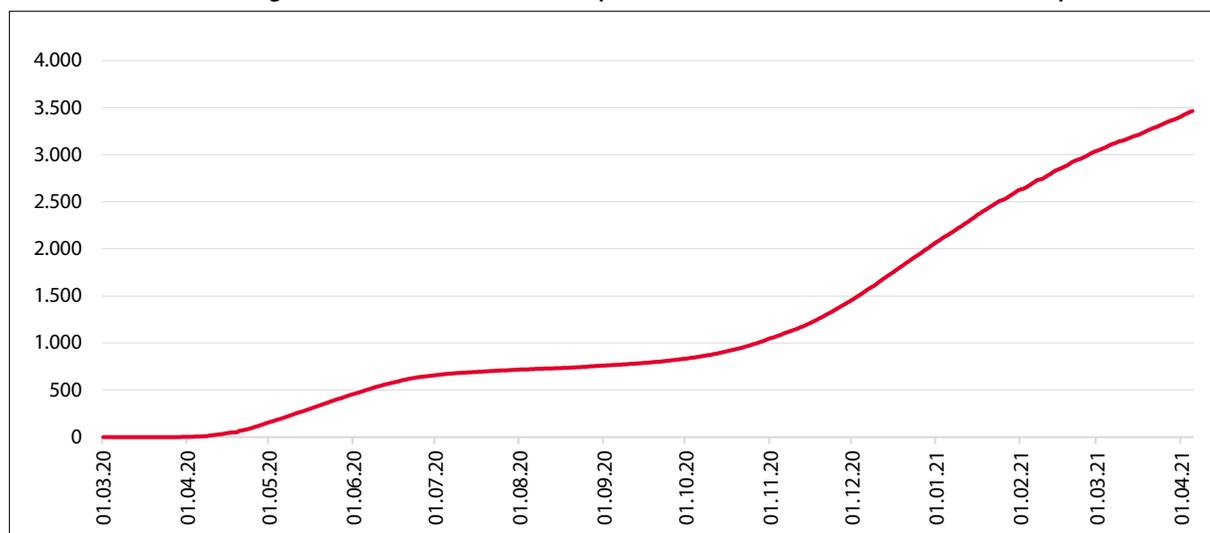
**Grafik 2: Umfrage vom Zentrum für Oststudien (OSW), November-Dezember 2020:
Wie stehen Sie zu folgenden politischen Strukturen? (in %)**



Quelle: *Belarusians on Poland, Russia and themselves. Analysis of a public opinion poll commissioned by the Centre for Eastern Studies (OSW)*, <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2021-01-29/belarusians-poland-russia-and-themselves>

Covid-19 in Belarus, Stand 05. April 2021

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in Belarus (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März 2020 – 05. April 2021)



Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 05.04.2020, 16:20 Uhr MESZ, <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Belarus (Fälle insgesamt, 21. Dezember 2020 – 05. April 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
21.12.20	175.416	1.893	11.01.21	213.993	1.792
22.12.20	177.274	1.858	12.01.21	215.724	1.731
23.12.20	179.196	1.922	13.01.21	217.696	1.972
24.12.20	181.113	1.917	14.01.21	219.663	1.967
25.12.20	183.006	1.893	15.01.21	221.604	1.941
26.12.20	184.922	1.916	16.01.21	223.537	1.933
27.12.20	186.747	1.825	17.01.21	225.461	1.924
28.12.20	188.588	1.841	18.01.21	227.360	1.899
29.12.20	190.404	1.816	19.01.21	228.716	1.356
30.12.20	192.361	1.957	20.01.21	230.494	1.778
31.12.20	194.284	1.923	21.01.21	232.298	1.804
01.01.21	196.223	1.939	22.01.21	234.111	1.813
02.01.21	198.125	1.902	23.01.21	235.859	1.748
03.01.21	199.962	1.837	24.01.21	237.611	1.752
04.01.21	201.831	1.869	25.01.21	238.635	1.024
05.01.21	203.104	1.273	26.01.21	239.482	847
06.01.21	204.958	1.854	27.01.21	241.133	1.651
07.01.21	206.796	1.838	28.01.21	242.851	1.718
08.01.21	208.601	1.805	29.01.21	244.718	1.867
09.01.21	210.368	1.767	30.01.21	246.570	1.852
10.01.21	212.201	1.833	31.01.21	248.336	1.766

Fortsetzung auf der nächsten Seite

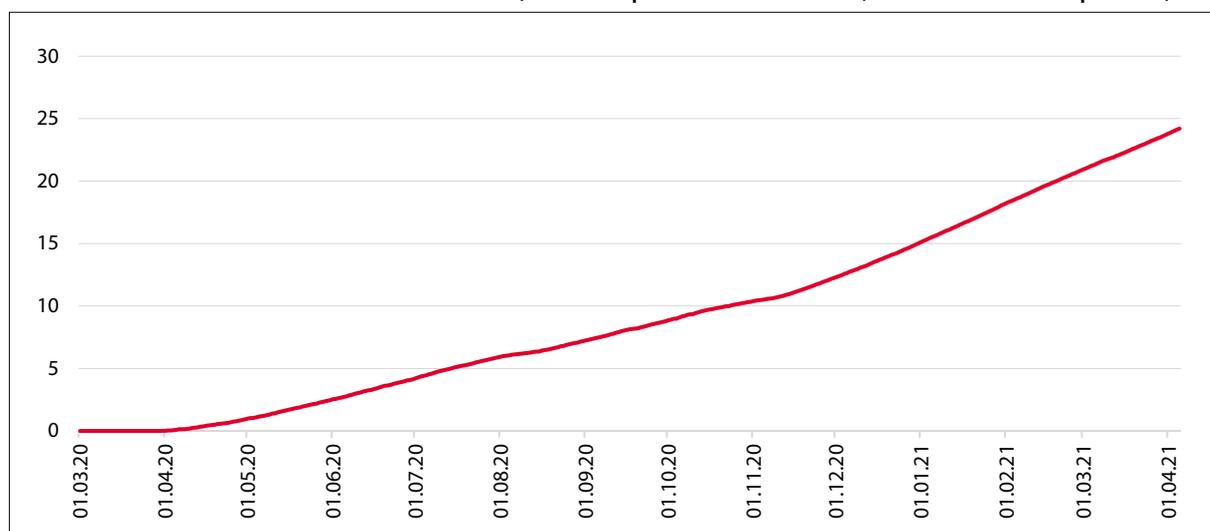
Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Belarus (Fälle insgesamt, 21. Dezember 2020 – 05. April 2021) (Fortsetzung)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
01.02.21	249.295	959	05.03.21	293.103	1.482
02.02.21	249.994	699	06.03.21	294.432	1.329
03.02.21	251.705	1.711	07.03.21	295.511	1.079
04.02.21	253.413	1.708	08.03.21	296.441	930
05.02.21	255.172	1.759	09.03.21	297.514	1.073
06.02.21	256.959	1.787	10.03.21	298.123	609
07.02.21	258.691	1.732	11.03.21	298.960	837
08.02.21	259.499	808	12.03.21	300.146	1.186
09.02.21	260.060	561	13.03.21	301.328	1.182
10.02.21	261.859	1.799	14.03.21	302.323	995
11.02.21	263.551	1.692	15.03.21	303.270	947
12.02.21	265.284	1.733	16.03.21	304.146	876
13.02.21	267.029	1.745	17.03.21	305.270	1.124
14.02.21	268.687	1.658	18.03.21	306.524	1.254
15.02.21	269.787	1.100	19.03.21	307.938	1.414
16.02.21	270.921	1.134	20.03.21	309.293	1.355
17.02.21	272.273	1.352	21.03.21	310.445	1.152
18.02.21	273.659	1.386	22.03.21	311.428	983
19.02.21	275.322	1.663	23.03.21	312.474	1.046
20.02.21	276.990	1.668	24.03.21	313.852	1.378
21.02.21	278.312	1.322	25.03.21	314.993	1.141
22.02.21	279.456	1.144	26.03.21	316.418	1.425
23.02.21	280.428	972	27.03.21	317.631	1.213
24.02.21	281.707	1.279	28.03.21	318.681	1.050
25.02.21	282.898	1.191	29.03.21	319.599	918
26.02.21	284.500	1.602	30.03.21	320.594	995
27.02.21	285.959	1.459	31.03.21	321.807	1.213
28.02.21	287.306	1.347	01.04.21	323.043	1.236
01.03.21	288.267	961	02.04.21	324.694	1.651
02.03.21	289.136	869	03.04.21	326.065	1.371
03.03.21	290.447	1.311	04.04.21	327.304	1.239
04.03.21	291.621	1.174	05.04.21	328.290	986

Für die Zahlen vom 01.03.–20.12.2020 siehe Belarus-Analysen Nr. 48, Nr. 50 und Nr. 53.

Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 05.04.2020, 16:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Belarus (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 01. März 2020 – 05. April 2021)

Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 05.04.2020, 16:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Belarus (21. Dezember 2020 – 05. April 2021)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
21.12.20	1.333	9	15.01.21	1.564	10
22.12.20	1.341	8	16.01.21	1.573	9
23.12.20	1.349	8	17.01.21	1.582	9
24.12.20	1.358	9	18.01.21	1.591	9
25.12.20	1.367	9	19.01.21	1.601	10
26.12.20	1.376	9	20.01.21	1.610	9
27.12.20	1.385	9	21.01.21	1.619	9
28.12.20	1.394	9	22.01.21	1.628	9
29.12.20	1.404	10	23.01.21	1.639	11
30.12.20	1.414	10	24.01.21	1.649	10
31.12.20	1.424	10	25.01.21	1.658	9
01.01.21	1.433	9	26.01.21	1.668	10
02.01.21	1.442	9	27.01.21	1.678	10
03.01.21	1.451	9	28.01.21	1.688	10
04.01.21	1.461	10	29.01.21	1.698	10
05.01.21	1.471	10	30.01.21	1.708	10
06.01.21	1.480	9	31.01.21	1.718	10
07.01.21	1.489	9	01.02.21	1.728	10
08.01.21	1.498	9	02.02.21	1.737	9
09.01.21	1.507	9	03.02.21	1.746	9
10.01.21	1.517	10	04.02.21	1.755	9
11.01.21	1.526	9	05.02.21	1.764	9
12.01.21	1.535	9	06.02.21	1.773	9
13.01.21	1.544	9	07.02.21	1.783	10
14.01.21	1.554	10	08.02.21	1.792	9

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Belarus (21. Dezember 2020 – 05. April 2021) (Fortsetzung)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
09.02.21	1.801	9	09.03.21	2.055	8
10.02.21	1.811	10	10.03.21	2.063	8
11.02.21	1.820	9	11.03.21	2.070	7
12.02.21	1.830	10	12.03.21	2.078	8
13.02.21	1.840	10	13.03.21	2.087	9
14.02.21	1.849	9	14.03.21	2.095	8
15.02.21	1.858	9	15.03.21	2.103	8
16.02.21	1.867	9	16.03.21	2.112	9
17.02.21	1.876	9	17.03.21	2.121	9
18.02.21	1.885	9	18.03.21	2.130	9
19.02.21	1.894	9	19.03.21	2.139	9
20.02.21	1.903	9	20.03.21	2.148	9
21.02.21	1.912	9	21.03.21	2.157	9
22.02.21	1.921	9	22.03.21	2.166	9
23.02.21	1.930	9	23.03.21	2.175	9
24.02.21	1.939	9	24.03.21	2.184	9
25.02.21	1.948	9	25.03.21	2.193	9
26.02.21	1.957	9	26.03.21	2.202	9
27.02.21	1.966	9	27.03.21	2.211	9
28.02.21	1.976	10	28.03.21	2.219	8
01.03.21	1.985	9	29.03.21	2.227	8
02.03.21	1.993	8	30.03.21	2.237	10
03.03.21	2.002	9	31.03.21	2.247	10
04.03.21	2.011	9	01.04.21	2.257	10
05.03.21	2.020	9	02.04.21	2.267	10
06.03.21	2.029	9	03.04.21	2.276	9
07.03.21	2.038	9	04.04.21	2.285	9
08.03.21	2.047	9	05.04.21	2.294	9

Für die Zahlen vom 01.03.–20.12.2020 siehe Belarus-Analysen Nr. 48, Nr. 50 und Nr. 53.

Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 05.04.2021, 16:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 18. Dezember 2020 – 26. März 2021

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
21.12.2020	175.416/1333	Das belarusische Gesundheitsministerium stellt eine Registrierungsbescheinigung für den russischen Impfstoff »Sputnik V« aus.
22.12.2020	177.274/1341	In Belarus werden drei mögliche Technologien für den Erhalt eines Impfstoff-Prototyps gegen Covid-19 entwickelt, kündigt Aljaksandr Lukaschenka an.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
29.12.2020	190.404/1404	Die Impfung der Bevölkerung gegen Covid-19 mit dem russischen Impfstoff »Sputnik V« wird in Belarus gestartet. Zuerst werden medizinisches Personal, Lehrer_innen und Spezialist_innen geimpft, die aufgrund der Besonderheiten ihres Berufs viel Kontakt zu Menschen haben; die Impfung erfolge auf freiwilliger Basis, erklärt Gesundheitsminister Dzmitry Pinewitsch.
05.01.2021	203.104/1471	Eine humanitäre Hilfslieferung mit Testsystemen zur Diagnose von Covid-19 in Belarus treffen aus Russland ein.
11.01.2021	213.993/1526	Aufgrund des Rückgangs der Covid-19-Inzidenz in Belarus würden die medizinischen Einrichtungen allmählich zu ihrer gewohnten Arbeitsweise zurückkehren, erklärt Gesundheitsminister Dzmitry Pinewitsch.
16.01.2021	223.537/1573	Das belarusische Gesundheitsministerium kündigt den Beginn der Impfung des Gesundheitspersonals gegen Covid-19 an.
18.01.2021	227.360/1591	Gesundheitsminister Dzmitry Pinewitsch kündigt die geplante Produktion des russischen Impfstoffs »Sputnik V« in Belarus ab April 2021 an.
03.02.2021	251.705/1746	Laut Gesundheitsminister Dzmitry Pinewitsch habe sich die Situation mit Covid-19 in Belarus stabilisiert.
18.02.2021	273.659/1885	Die Covid-19-Pandemie habe gezeigt, dass das belarusische Sozialsystem nicht darauf vorbereitet ist, Entscheidungen in Krisensituationen zu treffen, erklären Expert_innen des Forschungsunternehmens SATIO, die einen Bericht über die Auswirkungen der epidemiologischen Situation auf die wirtschaftliche und soziale Situation in Belarus erstellt haben.
02.03.2021	289.136/1993	Die Massenimpfung der Bevölkerung gegen Covid-19 werde im April 2021 beginnen, erklärt Gesundheitsminister Dzmitry Pinewitsch.
11.03.2021	298.960/2070	Aljaksandr Lukaschenka genehmigt per Dekret einen Darlehensvertrag zwischen Belarus und dem OPEC-Fonds für internationale Entwicklung (Notfallprogramm für die öffentliche Gesundheit). Die Vereinbarung sieht die Bereitstellung eines Darlehens in Höhe von 20 Mio. US-Dollar an Belarus vor, um Gesundheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit Covid-19 zu finanzieren.
12.03.2021	300.146/2078	Die Inzidenz von Coronaviren in Belarus sei 40 % niedriger als auf dem Höhepunkt der Herbstwelle im Jahr 2020, erklärt Gesundheitsminister Dzmitry Pinewitsch.
15.03.2021	303.270/2103	In Belarus habe die Impfung gegen Covid-19 mit dem chinesischen Impfstoff SARS-CoV-2-Impfstoff (Vero Cell) von Sinopharm begonnen, berichtet der Pressedienst des Gesundheitsministeriums. Nach Schätzungen der chinesischen Seite habe der von Sinopharm entwickelte Impfstoff während der Tests eine Wirksamkeit von 79,34 % gezeigt. Neben China wurde der Impfstoff für die Verwendung in mehr als zehn Ländern zugelassen, darunter in Bahrain, Ungarn, Ägypten, Jordanien, dem Irak, Marokko, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Pakistan und Serbien.
25.03.2021	314.993/2193	In Belarus wird die industrielle Produktion des Impfstoffs »Sputnik V« aufgenommen.

* Quelle: Johns Hopkins-Universität und Gesundheitsministerium von Belarus, Stand: 26.03.2021

** Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Die Chronik wurde zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichtenportale naviny.by, tut.by und weiteren sowie des Gesundheitsministeriums von Belarus.

30. November 2020 – 28. Februar 2021

30.11.2020	In Minsk findet zum 9. Mal die Protestkundgebung der Rentner_innen statt; daran nehmen mehrere Hundert Personen teil. Es kommt zu Festnahmen.
01.12.2020	Die deutsche Regierung fordert das offizielle Minsk erneut auf, Gewalt und Unterdrückung zu stoppen und einen konstruktiven Dialog mit der Opposition aufzunehmen.
01.12.2020	Das Team von Swjatlana Zichanouskaja und die Initiative »ByPol« (ehemaliger Angehöriger der Sicherheitskräfte) starten ein Onlineprojekt »Einheitliches Buch zur Registrierung von Verbrechen«. Das Projekt zielt darauf ab, »die Gesetzlosigkeit im Land zu stoppen und sicherzustellen, dass diejenigen, die ein Verbrechen begangen haben, einer gerechten Strafe zugeführt werden«.
01.12.2020	Die belarussische Regierung störe aktiv die Förderung und den Schutz der Menschenrechte im Land, erklärt Anaïs Marin, UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtssituation in Belarus, auf einer Sitzung des Unterausschusses für Menschenrechte des Europäischen Parlaments.
01.12.2020	Russland sollte sich nicht in demokratische Prozesse in Belarus einmischen und versuchen, den Willen des belarussischen Volkes zu unterdrücken, sagt der Generalsekretär des NATO, Jens Stoltenberg, auf einer Pressekonferenz nach einem Treffen der NATO-Außenminister.
01.12.2020	Nach einer Erörterung der belarussischen Frage im Europäischen Parlament fordern die Abgeordneten dazu auf, »Verbrechen des belarussischen Staates« auf internationaler Ebene zu untersuchen und Sanktionen gegen die Verantwortlichen einzuführen.
03.12.2020	Aljaksandr Lukaschenka kündigt auf einer Sitzung des Rates der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) an, er sei über die Schaffung einer Militärgruppe zur Eroberung westbelarussischer Gebiete informiert worden; es »werde bereits offen von einer historischen Zugehörigkeit belarussischer Gebiete zu Polen« gesprochen, so Lukaschenka.
03.12.2020	Dem Nachrichtenportal TUT.by (das bekannteste Portal in Belarus) wird der Medienstatus entzogen.
04.12.2020	Die belarussischen Behörden sollen politische Gefangene, Journalist_innen und alle unrechtmäßig inhaftierten Personen freilassen, erklärt der stellvertretende US-Außenminister, Stephen Bigan, auf einer Sitzung des Außenministerrates der OSZE-Mitgliedstaaten.
04.12.2020	Die Menschenrechtssituation in Belarus habe sich in den letzten Wochen weiter verschlechtert, erklärt die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Michelle Bachelet, während einer Diskussion im UN-Menschenrechtsrat über die Lage in Belarus.
04.12.2020	Die Europäische Union fordert die belarussischen Behörden auf, den Status der Medien für das Nachrichtenportal TUT.by wiederherzustellen und alle inhaftierten Journalist_innen freizulassen.
04.12.2020	Swjatlana Aleksiewitsch, belarussische Nobelpreisträgerin für Literatur, fordert den UN-Menschenrechtsrat auf, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um auf die Situation in Belarus zu reagieren, einschließlich der Schaffung spezieller Untersuchungsmechanismen.
06.12.2020	In Minsk findet der 13. Protestmarsch nach den Präsidentschaftswahlen statt (»Marsch der Freiheit«). Die Menschen sammeln sich in Gruppen in ihren Nachbarschaften. Auch in den Regionen finden Proteste statt. Über 300 Menschen werden landesweit festgenommen.
07.12.2020	In Minsk findet zum 10. Mal die Protestkundgebung der Rentner_innen statt; daran nehmen ca. 100 Personen teil. Es kommt zu Festnahmen.
10.12.2020	Bei einem Treffen von Botschaftern westlicher Staaten mit dem belarussischen Außenminister Uladsimir Makej wird eine mögliche Vermittlung bei der Lösung der Situation in Belarus erörtert. Makej sieht keine Notwendigkeit für eine derartige Mediation.
11.12.2020	Die EU-Kommission beschließt, ein Hilfspaket in Höhe von 24 Mio. Euro zur Unterstützung der belarussischen Bevölkerung bereitzustellen (unter anderem für die Zivilgesellschaft, die Jugend und für kleine und mittlere Unternehmen).
11.12.2020	Die Schweiz schließt sich den am 6. November von der EU eingeführten Sanktionen gegen Belarus an (Einfrieren von Vermögenswerten und ein Einreiseverbot gegen 15 Personen, darunter Aljaksandr Lukaschenka).
12.12.2020	In Minsk und den belarussischen Regionen finden dezentrale Protestmärsche statt.
13.12.2020	In Minsk findet der 15. Protestmarsch nach den Präsidentschaftswahlen statt (»Marsch der Volksanklage«). Die Menschen sammeln sich in Gruppen in ihren Nachbarschaften. Auch in den Regionen finden Proteste statt. Über 300 Menschen werden landesweit festgenommen.

13.– 14.12.2020	Swjatlana Zichanouskaja besucht Deutschland und trifft sich u. a. mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sowie mit Bundestagsabgeordneten. Zichanouskaja fordert Deutschland auf, internationale Ermittlungen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Belarus zu unterstützen sowie mögliche Optionen für Druck auf das Regime zu erörtern, z. B. Sanktionen gegen einzelne Unternehmen, die Lukaschenka unterstützen.
14.12.2020	In Minsk findet zum 11. Mal die Protestkundgebung der Rentner_innen statt; über 100 Personen werden festgenommen.
14.12.2020	Laut der deutschen Bundesregierung habe die Menschenrechtssituation in Belarus einen Tiefpunkt seit 2018 erreicht.
15.– 16.12.2020	Während eines Besuchs in Brüssel hält Swjatlana Zichanouskaja Treffen mit dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, sowie im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission ab. Sie fordert alle EU-Länder auf, Belarus aktiver zu unterstützen, gemeinsam mit den USA in geschlossener Front zu agieren, gegen Sicherheitsbeamte wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Anwendung des Mechanismus der universellen Gerichtsbarkeit Anklage zu erheben und weiterhin mit gezielten Sanktionen Druck auf das Lukaschenka-Regime auszuüben. Darüber hinaus diskutiert sie mit der Europäischen Kommission und der deutschen Regierung über die Möglichkeit, einen europäischen Impfstoff gegen COVID-19 nach Belarus zu liefern. In Brüssel nimmt sie an der Verleihung des Andrej-Sacharow-Preises für geistige Freiheit teil, der 2020 der demokratischen Opposition in Belarus verliehen wird.
16.12.2020	Die Abgeordneten des EU-Parlaments fordern die belarusischen Behörden auf, die Gewalt in Belarus zu stoppen und die politischen Gefangene freizulassen
16.12.2020	Die Leiter des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten der Parlamentarischen Versammlung OSZE-rufen die belarusischen Behörden dazu auf, die Verfolgung von Medienmitarbeiter_innen wegen ihrer journalistischen Aktivitäten einzustellen.
17.12.2020	Die EU-Sanktionsliste gegen Belarus (3. Sanktionspaket im Jahr 2020) wird um 29 Privatpersonen und sieben juristische Personen erweitert. Zu den Sanktionen gehören ein Einreiseverbot in die Europäische Union und das Einfrieren von Konten.
17.12.2020	In Minsk findet erneut eine Protestkundgebung von Menschen mit Behinderungen statt.
18.12.2020	Der Pressesprecher des belarusischen Außenministeriums, Anatol Hlas, bezeichnet die Entscheidung der Europäischen Union, das dritte Sanktionspaket gegen Belarus zu verhängen, als vollkommen dumm und schädlich.
18.12.2020	Großbritannien schließt sich den EU-Sanktionen gegen Belarus vom 18.12. an.
19.12.2020	In Minsk und den belarusischen Regionen finden dezentrale Protestmärsche statt.
20.12.2020	In Minsk findet der 16. Protestmarsch nach den Präsidentschaftswahlen statt («Marsch des Volkstribunals»). Die Menschen sammeln sich in kleineren Gruppen in ihren Nachbarschaften. Auch in den Regionen finden Proteste statt. Über 150 Menschen werden landesweit festgenommen.
21.12.2020	Der Senat der Vereinigten Staaten billigt den Entwurf des Gesetzes über Demokratie, Menschenrechte und Souveränität in Belarus« (Belarus Democracy, Human Rights, and Sovereignty Act).
21.12.2020	In Minsk findet zum 12. Mal die Protestkundgebung der Rentner_innen statt.
22.12.2020	Als Reaktion auf das dritte Paket von EU-Sanktionen gegen Belarus werde beschlossen, die Aktivitäten einer Reihe politischer Stiftungen in Belarus einzuschränken, erklärt der Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej.
22.12.2020	Swjatlana Zichanouskaja und Javier Solana, ehemaliger Generalsekretär der NATO (1995–1999) sowie des Rates der Europäischen Union (1999–2009), diskutieren über Möglichkeiten, wie Verhandlungen zur Lösung der politischen Krise in Belarus organisiert werden könnten. Während ihres Besuchs in Spanien spricht sie dazu u. a. mit dem spanischen Außenminister, Arancha Gonzalez Laya, und mit Ministerpräsident Pedro Sánchez.
23.12.2020	In Minsk findet zum 13. Mal die Protestkundgebung der Rentner_innen statt; es kommt zu Festnahmen.
23.12.2020	Das US-Finanzministerium verhängt Sanktionen gegen eine Reihe von Sicherheitskräften und Beamten in Belarus.
23.12.2020	Das belarusische Außenministerium betrachtet die Entscheidung der USA über die Sanktionen gegen Belarus als emotional, sie hätten nichts mit der tatsächlichen Lage der Dinge zu tun, heißt es in einer Erklärung.
26.– 27.12.2020	In Minsk und den belarusischen Regionen finden dezentrale Protestmärsche statt.
28.12.2020	In Minsk findet zum 14. Mal die Protestkundgebung der Rentner_innen statt.
29.12.2020	Das laufende Jahr war in Bezug auf Repressionen gegen Medienvertreter_innen ein Rekordjahr in der gesamten Geschichte von Belarus seit der Unabhängigkeit, berichtet der belarussische Journalistenverband.

30.12.2020	In ganz Belarus finden lokale Protestmärsche, Solidaritätsketten und Flashmobs statt.
01.01.2021	Neben anderen Fragen werde die Situation in Belarus vorrangig auf der Tagesordnung des schwedischen OSZE-Vorsitzes stehen, der 2021 beginnt, erklärt die Außenministerin Schwedens, Ann Linde.
03.01.2021	Die Unterstützung einer demokratischen Transformation in Belarus und die Stärkung der Östlichen Partnerschaft werden eine der fünf Prioritäten der litauischen Präsidentschaft des Ministerrates der baltischen Staaten sein, die mit dem Jahreswechsel 2021 begann, erklärt die Ministerpräsidentin Litauens, Ingrida Šimonytė.
03.01.2021	In mehreren Stadtbezirken von Minsk finden lokale Protestmärsche und Solidaritätsaktionen statt.
06.01.2021	Ein offener Brief mit einem Aufruf an die belarusischen Behörden, die Gewalt zu stoppen, politische Gefangene freizulassen und Neuwahlen abzuhalten, wurde am 6. Januar von mehr als 6.000 Christ_innen in Belarus unterzeichnet.
11.01.2021	Der Präsident des Internationalen Eishockeyverbandes, René Fasel, trifft sich in Minsk mit Aljaksandr Lukaschenka, um die Vorbereitung der Welt-Eishockeymeisterschaft 2021 in Belarus und Lettland zu besprechen. »Wir wollen Sport und Politik nicht vermischen. Sport sollte die Menschen vereinen, nicht trennen«, sagt Fasel. Am 17. September 2020 hatte das Europäische Parlament wegen der Menschenrechtsverletzungen nach den Präsidentschaftswahlen für eine Absage der Meisterschaft in der belarusischen Hauptstadt plädiert.
11.01.2021	Die belarussische Stiftung für Sportsolidarität fordert den Internationalen Eishockeyverband auf, die Eishockey-Weltmeisterschaft in Belarus so bald wie möglich in ein anderes Land zu vergeben, da »die Menschenrechte und alle menschlichen Grundsätze durch das Lukaschenka-Regime aufs Größte verletzt wurden«.
14.01.2021	Im jährlichen Bericht der Organisation »Human Rights Watch« wird geschrieben, dass Belarus von massiven und meist friedlichen Protesten überzogen wurde, auf die die Behörden weithin mit brutaler Unterdrückung reagierten.
14.01.2021	EU-Abgeordneten drängen erneut darauf, die Welt-Eishockeymeisterschaft 2021 nicht in Belarus abzuhalten.
15.01.2021	Die US-Botschaft erklärt, man sei »zutiefst besorgt über die anhaltende Gängelung der unabhängigen Medien in Belarus«.
15.01.2021	Die internationale Menschenrechtsorganisation »Amnesty International« fordert eine Untersuchung der Fakten aus einer von der Initiative »ByPol« veröffentlichten Audioaufnahme, in der ein Mann (angeblich der stellvertretende Innenminister Mikalaj Karpjankou) über besonders harte Methoden zur Bekämpfung von Demonstrant_innen spricht.
15.01.2021	Die Europäische Union habe etwa die Hälfte des Volumens der bilateralen Hilfe im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments für Belarus ausgesetzt, heißt es in einem Kommentar der EU-Delegation in Belarus.
15.01.2021	Fünf europäische Länder haben sich dem dritten Paket von EU-Sanktionen (vom 17. Dezember 2020) gegen Belarus angeschlossen: Albanien, Nordmazedonien, Montenegro, Island und Norwegen.
17.01.2021	Der tschechische Außenminister Tomáš Petříček begrüßt die Entscheidung des Autoherstellers Škoda vom 16.01., sich zu weigern, die Eishockey-Weltmeisterschaft 2021 zu sponsern, sollte sie in Belarus stattfinden. Die Firmen »Nivea« und »Liqui Moly« kündigen später ähnliche Pläne an.
17.01.2021	In Minsk und in belarusischen Regionen finden dezentrale Protestmärsche statt.
18.01.2021	Belarus wird vom Internationalen Eishockeyverband das Recht entzogen, die Eishockey-Weltmeisterschaft 2021 auszurichten. Swjatlana Zichanouskaja bezeichnet diese Entscheidung als einen »Sieg«.
19.01.2021	Ein Dialog zwischen der Opposition und dem derzeitigen Regime in Belarus sei erst dann möglich, wenn alle inhaftierten politischen Aktivist_innen und Demonstrant_innen freigelassen worden sind, erklärt die OSZE-Vorsitzende und schwedische Außenministerin, Ann Linde.
22.01.2021	Seit September 2020 habe sich die Lage der Medienfreiheit in Belarus verschlechtert, erklärt Swjatlana Zichanouskaja bei einem inoffiziellen hochrangigen Treffen im UN-Sicherheitsrates.
22.01.2021	Der Exekutivrat des Internationalen Verbands für Modernen Fünfkampf stimmt dafür, die Weltmeisterschaft im Modernen Fünfkampf zu verschieben, die im Juni 2021 in Minsk stattfinden sollte.
23.01.2021	In Belarus sowie im Ausland (organisiert von der belarusischen Diaspora) finden Solidaritätskundgebungen zur Unterstützung der politischen Gefangenen statt.
27.01.2021	Amnesty International startet eine globale Solidaritätskampagne für Belarus (#StandWithBelarus).
01.02.2021	Die Führung des Generalausschusses der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen fordert die internationale Gemeinschaft auf, auf die Lage in Belarus zu achten, und verlangt von den belarusischen Behörden, die politischen Gefangenen freizulassen.

05.02.2021	Die belarussischen Behörden müssen »die anhaltenden Forderungen nach einer demokratischen Zukunft und der Achtung der Grundfreiheiten und der Menschenrechte beachten«, heißt es in einer Erklärung des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, und des EU-Kommissars für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Olivér Várhelyi.
06.02.2021	Miguel Berger, Staatssekretär im deutschen Außenministerium, berichtet über zwei Möglichkeiten, die Verbrechen und Repressionen des belarussischen Regimes gegen Demonstrierende zu dokumentieren: durch die UN-Menschenrechtskommission in Genf und durch verschiedene NGOs. Laut Berger führt Deutschland zu diesem Thema momentan einen Dialog mit verschiedenen Organisationen aus mehreren europäischen Ländern.
06.02.2021	Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert die belarussischen Behörden auf, die Repressionen unverzüglich einzustellen und politische Gefangene freizulassen. Ihr zufolge hat die Bundesregierung einen Aktionsplan zur Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft (»Aktionsplan Zivilgesellschaft Belarus«) gebilligt.
06.02.2021	Trotz des frostigen Wetters finden in Minsk und mehreren anderen Städten lokale Proteste gegen die Fälschung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen und die Verfolgung von Dissident_innen statt.
07.02.2021	Am Internationalen Tag der Solidarität mit Belarus, der von Swjatlana Zichanouskaja ausgerufen wurde, finden weltweit mehrere Solidaritätsaktionen statt.
08.02.2021	Kanada werde 1,76 Mio. US-Dollar zur Unterstützung belarussischer Organisationen der Zivilgesellschaft und zur Förderung der Demokratie bereitstellen, erklärt der kanadische Außenminister Marc Garneau.
08.02.2021	Amnesty International erklärt, die belarussischen Behörden setzten in ihrer Kampagne Drohungen, Belästigungen und Einschüchterungen von Kindern ein, um Dissens auszurotten.
09.02.2021	Swjatlana Zichanouskaja veröffentlicht eine »Strategie für den Sieg der Belarus_innen«, die u. a. eine nationale Versöhnung und Verhandlungen mit der belarussischen Regierung im Mai 2021 vorsieht. Die Autor_innen der Strategie glauben, dass keine der Konfliktparteien momentan über ausreichend Kräfte verfügt, um sich ein Übergewicht zu verschaffen. Laut der Strategie sind weitere Aktivitäten der Oppositionskräfte geplant: Strafverfahren aufgrund universeller Jurisdiktion einleiten, Informationen über die begangenen Verbrechen sammeln, die Aufnahme internationaler Ermittlungen zu den Ereignissen in Belarus fördern und Programme zur Rehabilitation von Opfern des Vorgehens der Behörden und Sicherheitskräfte entwickeln.
11.– 12.02.2021	In Minsk findet die 6. »Allbelarussische Volksversammlung« statt; daran nehmen ca. 2700 Delegierte statt, darunter Vertreter_innen der Behörden, Abgeordnete von Gemeinderäten, Vertreter_innen öffentlicher Organisationen und Gewerkschaften. Vertreter_innen der oppositionellen Kräfte werden zur Versammlung nicht eingeladen. Es wird eine Resolution verabschiedet, die eine Änderung der Verfassung und die Neuverteilung der Befugnisse der Staatsorgane vorsieht.
11.02.2021	Die »Allbelarussische Volksversammlung« trage nicht zur Lösung der politischen Krise in Belarus bei, erklärt die US-Botschaft in Belarus.
11.02.2021	Eine neue Fassung der belarussischen Verfassung werde noch 2021 vorbereitet, erklärt Aljaksandr Lukaschenka während der »Allbelarussischen Volksversammlung«. Das Referendum über eine neue Verfassung solle Anfang 2022 stattfinden.
11.02.2021	Das US-Außenministerium fordert die belarussischen Behörden auf, einen integrativen Dialog mit dem Volk aufzunehmen und alle zu Unrecht Inhaftierten freizulassen.
11.02.2021	Das EU-Parlament verabschiedet eine Resolution zur Frage der Sicherheit des belarussischen Atomkraftwerks. Es wird erklärt, dass das Atomkraftwerk in Astrawez den Betrieb trotz zahlreicher anhaltender Sicherheitsbedenken am 3. November 2020 aufnahm. Belarus wird nachdrücklich aufgefordert, die vollständige Einhaltung der internationalen Standards für nukleare Sicherheit und Umweltsicherheit sowie eine transparente, umfassende und konstruktive Zusammenarbeit mit internationalen Gremien sicherzustellen.
12.02.2021	Deutschland sei bereit, bis zu 50 politisch verfolgte belarussische Staatsbürger_innen und ihre nahen Verwandten (Ehepartner_innen, Kinder) aufzunehmen, heißt es in der Antwort des Außenministeriums auf eine kleine Anfrage des MdB Manuel Sarrazin (Bündnis-90/Die Grünen). Die Aufnahme von Personen, die aus politischen Gründen verfolgt werden, ist in einem Aktionsplan zur Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft in Höhe von 21 Mio Euro vorgesehen.
12.02.2021	Die »Allbelarussische Volksversammlung« sei eine Parodie auf Demokratie, heißt es in der gemeinsamen Erklärung des Leiters der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Belarus, Robert Biedroń, und des Sonderberichterstatters des EU-Parlaments zur Lage in Belarus, Petras Auštrevičius.
14.02.2021	In mehreren Städten von Belarus werden Teilnehmer_innen einer sportlichen Solidaritätsaktionen festgenommen.

15.02.2021	Das belarussische Außenministerium erklärt, Belarus sei bereit, mit der OSZE zusammenzuarbeiten, um Wege aus der aktuellen politischen Krise in Belarus zu finden. Außenminister Uladsimir Makej betont allerdings dabei, dass eine Machtübertragung und der bedingungslose Rücktritt des derzeitigen Präsidenten sowie ein Machtwechsel durch eine Revolution in Belarus »absolut nicht hinnehmbar« seien.
15.02.2021	Die neue Sonderbeauftragte der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für Osteuropa, Daniela de Ridder, beabsichtigt, der Lage in Belarus vorrangige Aufmerksamkeit zu schenken.
16.02.2021	Die belarussischen Behörden müssten die Verletzung der grundlegenden Menschenrechte im Land unverzüglich einstellen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung des Internationalen und 45 nationaler PEN-Zentren.
16.02.2021	Der Europäische Journalistenverband fordert die belarussischen Behörden dazu auf, die Verfolgung von Medienvertreter_innen und Mitarbeiter_innen des belarussischen Journalistenverbandes unverzüglich einzustellen.
16.02.2021	Die Kampagne zur Einschüchterung von Aktivist_innen der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidiger_innen und Journalist_innen stelle eine Verletzung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit dar, erklärt der Leitende Sprecher des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Peter Stano, im Zusammenhang mit den laufenden Durchsuchungen in verschiedenen Städten von Belarus.
17.02.2021	Die OSZE fordert Belarus nachdrücklich auf, seine Politik und Praktiken an den Verpflichtungen zur Medienfreiheit und Sicherheit von Journalist_innen auszurichten.
17.02.2021	Die Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger_innen, Journalist_innen und Gewerkschaftsaktivist_innen in Belarus sei inakzeptabel, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der EU-Delegation und der Botschaften der USA, Großbritanniens und der Schweiz.
18.02.2021	Es sei inakzeptabel, Journalist_innen für ihre Arbeit ins Gefängnis zu bringen, sagt Teresa Ribeiro, Vertreterin der OSZE für Medienfreiheit, nach der Verurteilung der Belsat-Fernsehkorrespondentinnen Kazjaryna Andrejewa und Darja Tschultsowa zu zwei Jahren Gefängnis. Die Journalist_innen waren wegen der »Organisation von gemeinschaftlichen Handlungen, die die öffentliche Ordnung grob verletzen« verurteilt worden.
19.02.2021	Im Kampf gegen unabhängige Medien hätten die belarussischen Behörden jeglichen Sinn für Grenzen verloren, heißt es in der Erklärung der Organisation »Reporter ohne Grenzen« im Zusammenhang mit der Verurteilung der Belsat-Fernsehkorrespondentinnen Kazjaryna Andrejewa und Darja Tschultsowa zu zwei Jahren Gefängnis.
19.02.2021	Anaïs Marin, UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in Belarus, hofft, dass Staatsanwälte außerhalb von Belarus im Rahmen der universellen Gerichtsbarkeit Strafverfahren gegen belarussische Sicherheitsbeamte einleiten werden, die so schwere Verbrechen wie Folter begangen haben.
19.02.2021	Die Europäische Union verurteile nachdrücklich die Repressionen durch die belarussischen Behörden nach den manipulierten Wahlen im August 2020, heißt es in einer Erklärung im Zusammenhang mit der Eskalation der Repressionen gegen Journalist_innen.
21.02.2021	Lokale Proteste finden in Minsk und anderen Städten in Belarus statt.
22.02.2021	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich mit Wladimir Putin im russischen Sotschi. Besprochen werden u. a. Themen wie Handel, der mögliche Verkauf einer Reihe belarussischer staatlicher Unternehmen an Investoren aus Russland sowie die Koordination zwischen den Strafverfolgungsbehörden beider Länder.
23.02.2021	Auf der 46. Tagung des UN-Menschenrechtsrates bezeichnet der belarussische Außenminister Uladsimir Makej die Aufmerksamkeit auf Belarus im Zusammenhang mit dem Thema Menschenrechte als politischen Druck auf die legitime Regierung.
25.02.2021	Belarus erlebe eine Menschenrechtskrise von beispiellosem Ausmaß, erklärt die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die frühere Präsidentin von Chile, Michelle Bachelet, als sie den Bericht über Belarus auf der 46. Tagung des UN-Menschenrechtsrates vorstellt.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichten-Agenturen BelaPAN und BelTa sowie des Nachrichtenportals naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



Kostenlose E-Mail-Dienste:
www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.